Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

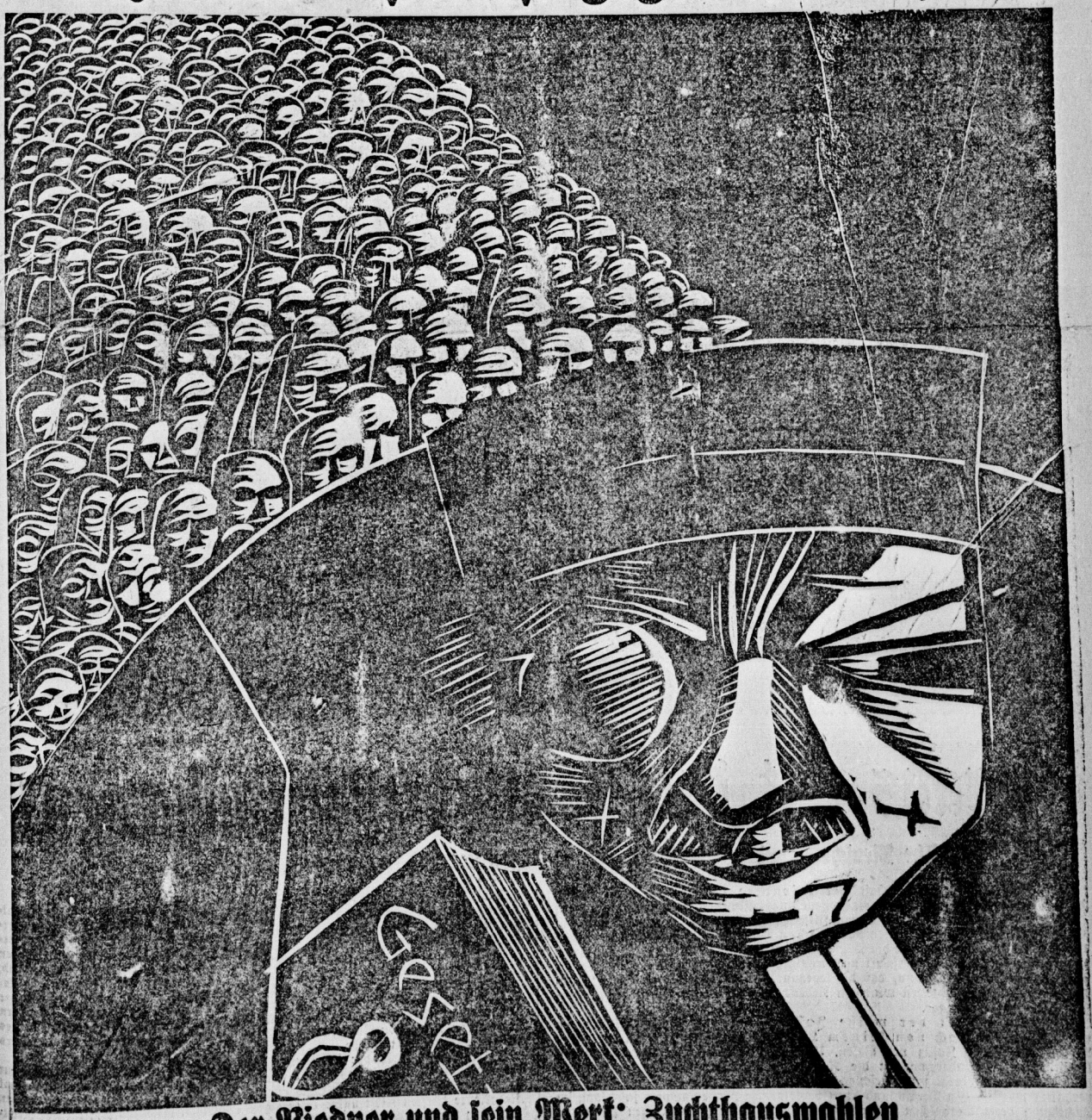
Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark, durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Drittel. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob, Halle.

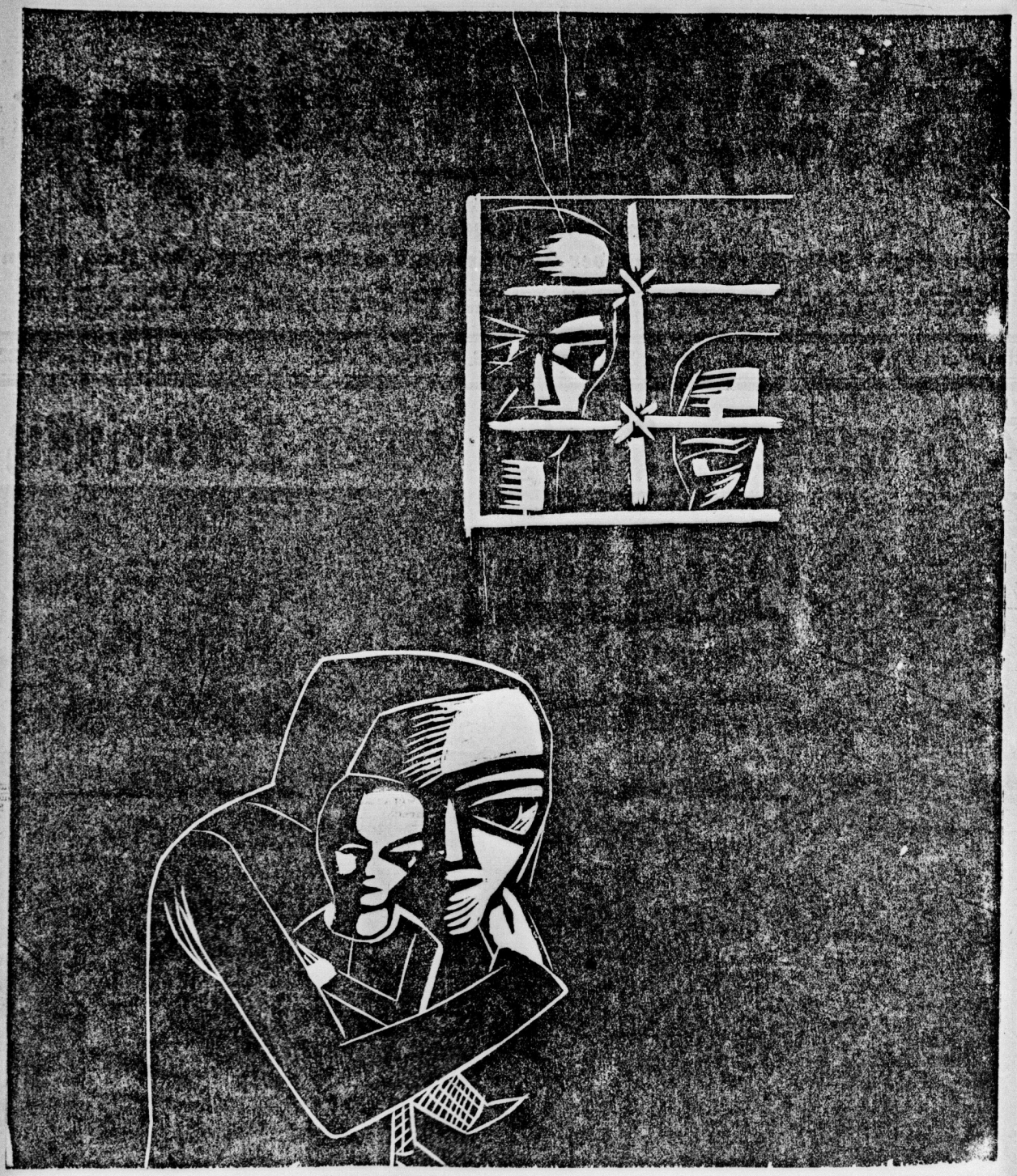
Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, den 26. November 1924 | 4. Jahrgang • Nr. 226

7. Dezember — Protest gegen Terrorjustiz!



Der Niedner und sein Werk: Zuchthauswahlen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0001



Holzschnitt von Vörack

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Ihr Menschenfreunde, Demokraten und Pazifisten der 2. Internationale, gebt Antwort!

Die deutsche Arbeiterschaft hat besondere Gründe, von den Sozialdemokraten mit allem Nachdruck eine offene, unzweideutige, konkrete Antwort auf den Brief der Internationalen Roten Hilfe zu verlangen. Der offene Brief der Exekutive der IRH. enthält einen praktischen Vorschlag, der den proletarischen Gefangenen in allen Ländern die Möglichkeit der Befreiung eröffnet. Die Gründe, warum die deutsche Arbeiterschaft noch weniger als die Arbeiterklasse irgendeines anderen Landes dulden kann, daß die sogenannten „Arbeiterführer" der 2. Internationale mit den üblichen windigen Redensarten über diese Vorschläge hinweggehen, liegen klar zutage.

Erstens wütet der weiße Justizterror in Deutschland in einem bisher noch von keinem Land übertroffenen Maße. Der Rekord der Weißen Justiz von Polen, Ungarn, Bulgarien, Italien, Spanien ist längst überholt. Anderswo hat die Rachejustiz der Bourgeoisie gegen Arbeiter gewütet, die bei einem niedergeschlagenen Aufstand mit der Waffe in der Hand verhaftet wurden. In Deutschland sitzen proletarische Klassenkämpfer jahrelang im Zuchthaus, deren Verbrechen darin besteht, daß sie ihrer proletarischen Partei in der Zeit, wo sie unter Mißachtung der Verfassung verboten war, die Treue bewahrt haben. Verbreitung von Flugblättern, Teilnahme an Demonstrationen, Veröffentlichung regierungsfeindlicher Artikel, vermutliche Mitgliedschaft in leitenden Körperschaften der Kommunistischen Partei oder Teilnahme an Sitzungen solcher Körperschaften, Aufdeckung von faszistischen Waffenlagern, Versuch der Verteidigung gegen faszistische Ueberfälle — das sind die politischen „Verbrechen", auf die in Deutschland, je nach der Laune der Richter, jahre- oder monatelange Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen gesetzt sind. Dazu kommt noch, daß von den politisch n Gefangenen der größte Teil nicht einmal diese „Verbrechen" nachweislich begangen hat, sondern auf Grund der Aussagen von Spitzeln mit den moralischen Qualitäten eines Haarmann und von Richtern mit der Objektivität des demokratischen Hinrichters Niedner verurteilt wurde.

Die Schandpraxis der deutschen Justiz ist der gesamten Oeffentlichkeit zur Genüge bekannt. Selbst das Organ der englisch-reformistischen Arbeiterpartei hat seine Entrüstung über diese Praxis offen ausgesprochen. Die sozialdemokratischen Redakteure dürften selbst unter ihrer eigenen Parteimitgliedschaft mit ihrer Rechtfertigung der deutschen Klassenjustiz nicht viele Anhänger finden.

Damit kommen wir zu dem zweiten Grund, warum die deutsche Arbeiter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0002

schaft keine Ausflüchte der sozialdemokratischen Häuptlinge dulden darf. In keinem anderen Lande der Welt trägt die Sozialdemokratie einen so großen Teil der Verantwortung an der bürgerlichen Klassenjustiz wie in Deutschland. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert hat nicht daran gedacht, von seinem Amnestierecht zugunsten verurteilter Proletarier Gebrauch zu machen. Hingegen hat er den Ausnahmezustand verhängt, auf Grund dessen alle verfassungsmäßigen Freiheiten aufgehoben wurden und Tausende proletarischer Kämpfer ohne Umstände verhaftet und zu den schwersten Zuchthausstrafen verurteilt werden konnten.

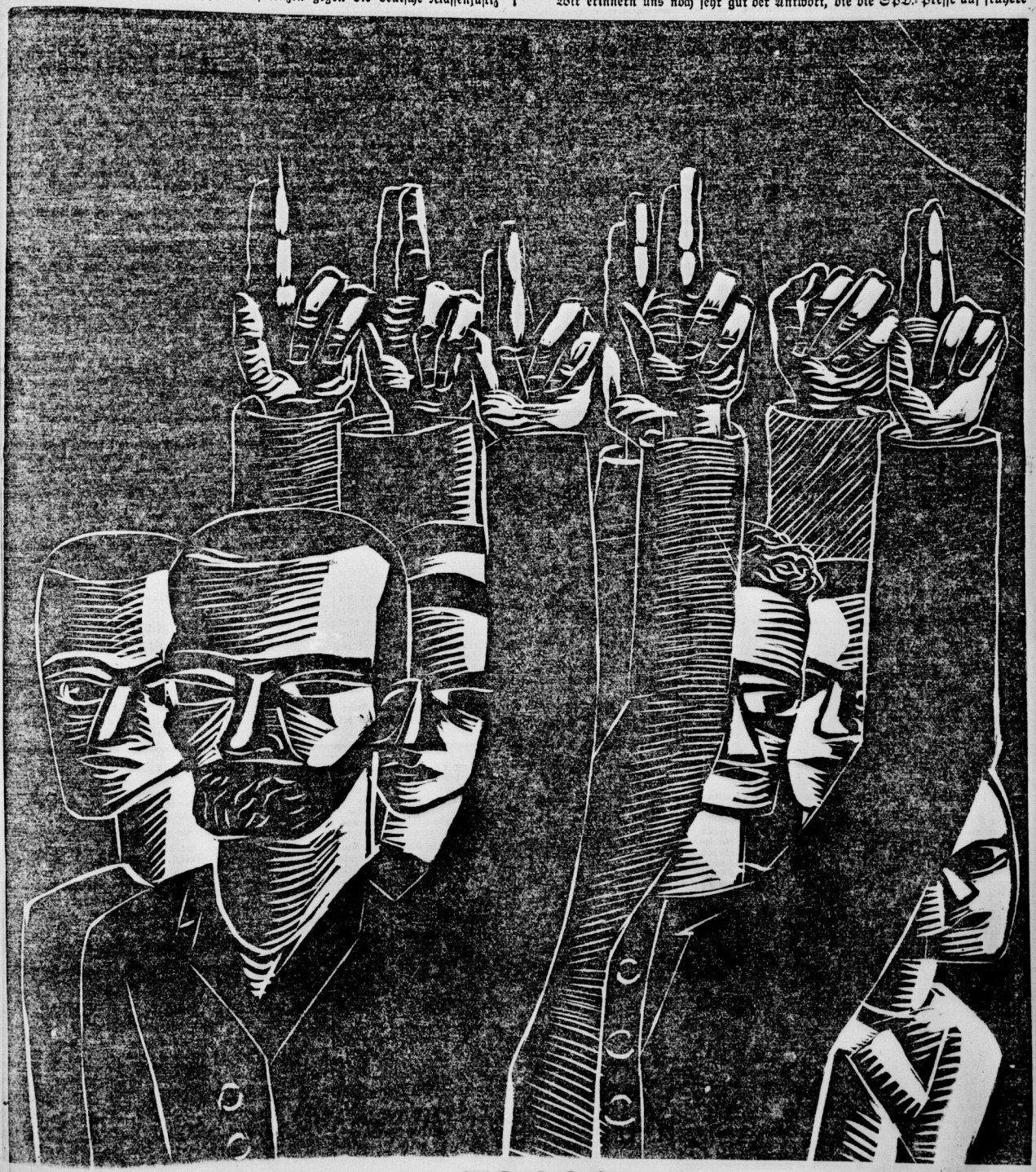
In Preußen hat der sozialdemokratische Innenminister Severing seinen Befähigungsnachweis für eine deutschnationale Regierung dadurch erbracht, daß er sich in der Verfolgung des revolutionären Proletariats von keinem deutschnationalen Minister irgendeines anderen Landes überbieten ließ. In gleichem Sinne haben in vielen Städten Deutschlands sozialdemokratische Polizeipräsidenten gehaust. Als Musterbeispiel sei nur der berüchtigte Polizeipräsident Berlins, Richter, erwähnt.

Eine der letzten Glanzleistungen vollbrachte die Severingsche Polizei, indem sie sich an das Auswärtige Amt mit dem Wunsche wendete, es möge sich mit der französischen Regierung ins Einvernehmen setzen, damit die kommunistischen Führer, die steckbrieflich verfolgt werden, im besetzten Gebiet keinen Unterschlupf finden, sondern durch ein harmonisches Zusammenwirken der deutschen und der französischen Polizei rasch ergriffen werden könnten.

Das ist die Praxis der sozialdemokratischen Regierungsmänner, trotz der Beschlüsse, die von sozialdemokratischen Konferenzen gegen die deutsche Klassenjustiz gefaßt wurden. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich also bei der Beantwortung des Briefes der IRH. neuerlich davon überzeugen, wie ihre Führer die Beschlüsse der Arbeiter achten.

Schließlich ist noch ein dritter Grund, warum wir gerade an die deutschen Menschewisten unermüdlich die Frage richten werden, warum sie auf den vorgeschlagenen Gefangenenaustausch nicht eingehen. Wie bei allen konterrevolutionären Taten, so marschierte auch bei der Lügenkampagne gegen die „russischen Gefängnisgreuel" die SPD. an der Spitze. Die Sympathie, die die sozialdemokratischen Henker der deutschen Revolution für die Feinde der Proletarierdiktatur in Rußland aussprachen, wir wissen sie zu würdigen. Die Sozialrevolutionäre, die Attentate auf Lenin organisierten, sind gewiß würdige Genossen der Noske und Stampfer, die die Mordhetze gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg inszenierten. Das revolutionäre Proletariat würde lieber die Noskes in Deutschland einsperren, statt die in Rußland eingesperrten Noskes freizulassen. Die IRH. bietet den Austausch der Konterrevolutionäre Rußlands gegen die eingekerkerten Revolutionäre in Deutschland an. Die Sowjetmacht ist so stark und so gefestigt, daß sie sich erlauben kann, um den Preis der Freilassung der deutschen Revolutionäre die gekauften Todfeinde der Sowjets — sie sind ja doch ohnmächtig — freizugeben. Die 2. Internationale muß sich erklären. Will sie ihre Freunde in Rußland frei haben, dann hat sie die Möglichkeit, das zu erreichen, wenn sie sich mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, für die Freilassung der Revolutionäre in Deutschland einsetzt. Wird sie das tun?

Wir erinnern uns noch sehr gut der Antwort, die die SPD.-Presse auf frühere



Unsere Antwort: 70000 neue Kämpfer!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0003

ähnliche Angebote zu geben pflegte. Sie schrieb von „agitatorischem Schwindel", sie erklärte, daß man „mit den Grundsätzen der Menschlichkeit nicht schachern" dürfe, sie bestritt, daß die SPD. etwas für die Freilassung der Gefangenen in Deutschland tun könne, kurz, sie erfand alle möglichen Flausen, um einer offenen Antwort auszuweichen. Die Arbeiterschaft darf den SPD.-Führern nicht länger solche Witze gestatten.

Es geht nicht um Agitation und nicht um eine theoretische Auseinandersetzung über Klassenjustiz, sondern um das Schicksal von Tausenden ehrlicher Proletarier, die in den Gefängnissen der bürgerlichen Staaten schmachten.

Daß die Sowjetregierung zur Freilassung politischer Gefangener auf dem Wege des Austausches bereit ist, sobald eine Einigung zwischen der IRH. und der 2. Internationale zustande kommt, darüber besteht kein Zweifel. Ein solcher Austausch wurde bereits mit Horthy-Ungarn durchgeführt. Die Horthy-Regierung hat bekanntlich Gefangene aus der Rätezeit gegen ungarische Offiziere ausgetauscht.

Haben die Ebert, Severing, Richter & Co. den Ehrgeiz, zu beweisen, daß sie im Kampf gegen proletarische Revolutionäre unversöhnlicher sind, als die Horthy-Regierung?

Oder wird man uns einwenden, daß die SPD. in Deutschland nicht die Macht hat, etwas für die Freilassung der politischen Gefangenen zu tun? Daß wir erst warten müssen, bis sie 51 Prozent der Wählerstimmen erobert hat? Gewiß ist zuzugeben, daß es für die SPD. leichter ist, im Bunde mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat zu wüten. Gewiß werden die Polizeiminister und Polizeipräsidenten, die unter dem Beifall der Bourgeoisie die Gesetze brechen, um Kommunisten einzusperren, nicht denselben Beifall finden, wenn sie sich für die Freilassung der Kommunisten einsetzen. Aber verlangen wir Unmögliches? Wir verlangen von der SPD., der braven, bürgerlichen Koalitionspartei, doch wahrhaftig nicht, daß sie sich mit uns verbünden, die Bourgeoisie stürzen und so die Gefängnistore sprengen soll. Wir schlagen ihr nur vor, daß ihr Reichspräsident, ihre Minister und Abgeordneten, ihre Parteipresse und ihre Parteiredner sich für unseren Vorschlag des Gefangenenaustausches nachdrücklich einsetzen. Dazu haben sie doch die Macht.

Und schließlich das „Schachern mit den Grundsätzen der Menschlichkeit". Ueber Menschlichkeit und Gerechtigkeit haben bekanntlich Bourgeoisie und Proletariat verschiedene Anschauungen. Die Proleten finden es gerecht und menschlich, daß man die Konterrevolutionäre einsperrt, die die Waffen gegen die Arbeiter- und Bauernrevolution erhoben haben. Die Bourgeoisie hingegen findet es in Ordnung, daß man jeden Revolutionär einsperrt, der durch Worte, Schriften oder Taten ihre Klassenherrschaft bedroht. Die SPD. steht selbstverständlich hier, wie in allen Fragen, auf dem Standpunkt der Bourgeoisie. Folglich gibt es da keine Verständigung.

Aber die SPD.-Führer sollen offen sagen, ob sie vor den proletarischen Kämpfern in den deutschen Gefängnissen solche Angst haben, daß sie um keinen Preis freilassen wollen, nicht einmal um den Preis der Freilassung ihrer konterrevolutionären Freunde in Rußland, die sie so viele blutige Krokodilstränen geweint haben und die sie doch in der antibolschewistischen Agitation in Deutschland so gut gebrauchen könnten.

Wenn die Herren vom Parteivorstand der SPD. schweigen, so werden die Arbeiter desto lauter reden. Wir warten auf Antwort!

Wie sie die Amnestie sabotierten!

Die Justizschande im letzten Reichstag

G. O. Die Amnestiefrage, **die Befreiung der politischen Gefangenen ist eine Machtfrage.** Sie wird nicht gelöst durch Reden und Anträge im Parlament, durch rechtswissenschaftliche Beweisführung oder Unterhandlung mit Regierung und Bureaukratie, entschieden ist sie erst in dem Augenblick, wo der Druck der Massen so unwiderstehlich wird, daß die Regierung zur Freigabe der politischen Gefangenen gezwungen wird. **Auf eine Massenbewegung zur Befreiung der politischen Gefangenen kommt demnach alles an.**

Die Führerschaft der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften hat es bisher verstanden, ihre Anhänger in dem Glauben zu lassen, es werde durch sie zur Amnestierung der politischen Gefangenen alles Erreichbare getan.

Die übrige arbeitende Bevölkerung aber, soweit sie noch den Deutschnationalen, dem Zentrum und der demokratischen Partei Gefolgschaft leistet, weiß vielfach überhaupt nicht, in welchem Sinne ihre Parteien in der Amnestiefrage Stellung genommen haben. Lehrreich ist es daher, **die Haltung dieser Parteien zu betrachten,** als durch die Kommunistische Partei die Frage vor die Parlamente gebracht wurde. Die Amnestiefrage ist von der Kommunistischen Partei von vornherein verbunden worden mit der Forderung der Amnestie aller, die aus wirtschaftlicher Not gegen die Strafgesetze verstießen, da es sich hier um einen leidenden Teil der gesamten arbeitenden Bevölkerung handelt.

Wie wurden diese Kämpfer hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern gebracht?

Abgeurteilt durch Außerordentliche Gerichte, deren plötzliche Verhandlungstermine keine Zeit zur Zeugenstellung oder Verteidigung ließen, deren Urteil mit einer Berufung nicht angefochten werden konnte und für deren Strafe fast niemals ein Aufschub gegeben wurde.

Abgeurteilt durch das neue Verfahren des Reichsjustizministers Emminger, der ohne Reichstag durch eine Verordnung die Gerichtsverfassung umstürzte und damit einen Protest bis weit in die Kreise der bürgerlichen Wissenschaft hervorrief.

Abgeurteilt drei Monate hindurch durch das sogenannte vereinfachte und beschleunigte Verfahren, den Belagerungszustand in der Rechtsprechung selbst unter Ausschaltung aller Schöffen und Geschworenen und wichtiger prozessualer Sicherungsfristen für den Angeklagten, die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik, die daran sich anschloß und Handlungen verschiedenster Art zur Vorbereitung des Hochverrats stempelte, um sie mit Zuchthaus bestrafen zu können, **bildet den Höhepunkt einer Rechtswillkür gegen das Proletariat.**

Auch die Art und Weise also, in der die Justiz zur Anwendung kam, muß

jedem denkenden Arbeiter die Forderung der Amnestie

als notwendig erscheinen lassen.

Im Preußischen Landtag ist es die Kommunistische Partei allein gewesen, die für die Kämpfer der Arbeiterklasse bei der Beratung der Justiz einen Antrag auf Straffreiheit einbrachte. Gleichzeitig forderte sie Straffreiheit für die Opfer der wirtschaftlichen Notstände, für die auch die Sozialdemokratie in bescheidenen Grenzen einen Antrag stellte. Für die proletarischen Kämpfer konnten sich ihre Führer nicht einsetzen; denn der Polizeiminister, ihre Polizeipräsidenten und Landräte hatten ja selbst die Verfolgung zu besorgen gehabt. Noch vor dem Zentrum erklärten sich die Demokraten gegen eine Amnestie und brachten unter Zustimmung der Rechten damit diese zu Fall.

Die Deutsche Volkspartei gar hielt es für angebracht, **Amnestie für Gewerbetreibende und Händler nachzusuchen,** also sich schützend vor den bestraften Wucher zu stellen, wohl wissend, daß den großen Wucher der Arm der Justiz überhaupt nicht erreicht hatte. **So wurde im Juni 1924 in Preußen die Forderung der Amnestie verscharrt.**

Im Reichstag war im August 1924 von der Kommunistischen Partei und auch von den Völkischen die Amnestie aufs Neue beantragt worden. Die Reichsregierung, soeben von London zurückgekehrt, wo sie eine politische Amnestie für das besetzte Gebiet hatte zugestehen müssen, war in schwieriger Lage. **Der Reichsminister des Innern** gab am Tage der Beratung des Antrages im Ausschuß folgende Erklärung ab (Sitzungsbericht vom 29. August 1924, Seite 1102):

„Entsprechend der Erklärung des Herrn Reichsaußenministers im Auswärtigen Ausschuß wird die Reichsregierung nach Verabschiedung des Londoner (C) Paktes im Reichstage zu der Frage einer Amnestie für das unbesetzte Gebiet Stellung nehmen. Diese Stellungnahme muß nach Auffassung der Reichsregierung bei der Bedeutung der Angelegenheit, welche die Interessen der Länder und nach Auffassung der Länder auch ihre Zuständigkeit unmittelbar berührt, durch Erörterungen mit den Länder-Regierungen vorbereitet werden. Die Reichsregierung wird die Initiative hierzu alsbald ergreifen."

„Lachen bei den Kommunisten" verzeichnet dieser Sitzungsbericht nach der Erklärung und tatsächlich ist von dieser angekündigten „Initiative" der Reichsregierung zur Herbeiführung einer allgemeinen Amnestie **niemals irgend etwas bekanntgeworden.**

Nichts als eine Erklärung hatten die bürgerlichen Parteien abzugeben. **Für das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die Bayrische Volkspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Demokraten** erklärte ihr Abgeordneter Dr. Haas (Sitzungsbericht vom 29. August 1924. Seite 1103):

„Wir bedauern, daß die Umstände es erfordern, Separatisten, die in ehrloser Gesinnung schwere Verbrechen begangen haben, zu amnestieren. Das mußte aber geschehen, um zahlosen deutschen Volksgenossen, die im Kampfe für Deutschland von den Gerichten der Besatzungsbehörden verurteilt wurden, die Freiheit zu verschaffen. Daraus kann die Forderung nicht abgeleitet werden, wahllos allen Hochverrätern und politischen Verbrechern die Amnestie zu gewähren. Die Autorität des Staates erfordert strenge Bestrafung aller derer, die mit Gewalt seine Grundlagen erschüttern. Um der Autorität des Staates und der Rechtssicherheit willen, lehnen wir die Amnestie ab. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Die Regierung hat eine uns befriedigende Erklärung abgegeben, daß in wohlwollender Weise in allen geeigneten Fällen vom Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht werden soll."

Die Einzelbegnadigungen sind das geeignete Mittel, dem Gutdünken der Bourgeoisie zu überlassen, was die wichtigste Aufgabe der Volksvertretung selbst gewesen wäre. Wie die heute noch in weiten Kreisen monarchistisch und reaktionär gesinnten Richter dieses Begnadigungsrecht handhaben, darüber kann für jeden denkenden Proleten kein Zweifel bestehen.

Und die Sozialdemokratie?

Im Preußischen Landtag hatte sie den größten Teil des kommunistischen Amnestieantrages niedergestimmt und erklärt, im Reichstage (!!) werde sie dafür für eine allgemeine Amnestie eintreten. Ihre Parlamentarier haben tatsächlich selbst einen Amnestieantrag gestellt und für den Erlaß einer Amnestie gestimmt. **Damit war für diese Partei die politische Arbeit getan.** Ihre Presse begeistert sich heute an der Amnestie politisch Verurteilter in — Frankreich.

Es ist eitle Spiegelfechterei, wenn die Sozialdemokraten ihren Wählern von ihrem Eintritt für die Amnestie nach dem 7. Dezember erzählen.

Herr Ebert, der doch sonst sehr gut — wenn es gegen die Proletarier geht —, mit Ermächtigungsgesetzen umzugehen weiß, hätte es in der Hand, eine Amnestie zu verlangen. **Ein Narr, jedoch, der darauf wartet.**

Aus der Arbeiterschaft selbst aber ist, angesichts des immer schärfer werdenden Justizterrors, eine Bewegung hervorgegangen, die selbständig und über den Parteien stehend, diesen parlamentarisch verpufften Kampf um die Amnestie über die Massen zu tragen beginnt.

Die „Rote Hilfe"!

Statt sie zu fordern, sind es aber die **Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie,** die sie als eine kommunistische Schaffung den Behörden denunzieren. Tatsache ist jedoch, **daß alle Richtungen der Arbeiterbewegung** ihre Bedeutung anerkannt haben, daß **proletarische Organisationen aller Art, gewerkschaftliche Verbände, Arbeitergesangvereine, Sportvereine** sich der Bewegung angeschlossen haben und selbst christlich organisierte Arbeiter Mitglieder geworden sind. Diese ist es, die nicht nur für die Erleichterung des Loses der Gefangenen und Unterstützung ihrer Angehörigen wirken, sondern auch

die Forderung der Amnestie vieltausendstimmig erheben wird.

Ein Arbeiterfeind der, der dieser Bewegung entgegentritt, die allein berufen ist, **den Kampf um die Amnestie zum Siege zu bringen!**

Der 7. Dezember muß ein Bekenntnis zur Amnestie werden. **Die Wahl von Kommunisten** bedeutet zu gleicher Zeit

Eintritt für die Amnestie!

Offener Brief an die 2. Internationale

Wir wenden uns mit diesem Brief an die 2. Internationale und die ihr angeschlossenen sozialistischen Parteien in der sicheren Ueberzeugung, daß die Arbeitermassen es ihnen nicht gestatten werden, unseren Brief unbeantwortet zu lassen. Die Arbeiterklasse muß maßgeblichen und unzweideutigen Aufschluß erhalten über die Stellung der 2. Internationale zu unserem ganz konkreten Vorschlag, **der auf die Milderung des Loses von Zehntausenden wegen ihres Kampfes gegen die kapitalistische Gewaltherrschaft in den Kerkern der Bourgeoisie sitzender Arbeitern bedacht war.**

Was hat uns zu diesem Schritt veranlaßt?

Die Presse und die leitenden Organe der 2. Internationale und ihrer Parteien betreiben in der letzten Zeit mit besonderer Beharrlichkeit eine Propaganda des sogenannten **„demokratischen Pazifismus"**, der, wie sie sagen, dem Bürgerkrieg ein Ende setzen und das Ausbrechen imperialistischer Kriege unmöglich machen soll. Unsere, auf revolutionärer Basis stehende Organisation gab sich nie einer Täuschung über die wahre Bedeutung dieser Kampagne hin, deren Zweck es ist, die Raub- und Gewaltpolitik des Imperialismus gegen die Arbeiterklasse und die koloniale, oder im Kriege besiegten Völker zu maskieren. Die Vorgänge der letzten Monate haben diesen sogenannten „Pazifismus" genügend bloßgestellt. Es genügt, zu erinnern an die **Versklavung Deutschlands** durch den Dawes-Plan, an die Offensive des Imperialismus in **China, Kleinasien und Afrika,** an die Vorbereitung bewaffneter Interventionen seitens des Völkerbundes gegen die **Sowjetunion** und schließlich an die unaufhörlichen Massenrepressalien und Gewaltakte gegen kommunistische Arbeiter und Revolutionäre in den **Kolonien** und die Weigerung der Bourgeoisie und der 2. Internationale die Amnestie durchzuführen.

Der **„Pazifismus" und seine Verteidiger, die 2. Internationale, schweigen,** wenn es sich um die Ausplünderung von Völkern oder die Unterdrückung von Arbeitern handelt; er tritt aber unverzüglich für die Konterrevolution ein, wenn diese einen Aufstand gegen die Sowjetunion versucht, wie es bei der jämmerlichen Banditenaktion in **Georgien** der Fall war. Die Forderung nach Befreiung der revolutionären Arbeiter aus den Gefängnissen ertönt immer lauter und machtvoller in allen Ländern, findet aber keinerlei Unterstützung seitens der 2. Internationale und der ihr angehörenden sozialistischen Parteien; genau so, wie die Bourgeoisie alle Forderungen nach Amnestie brüsk ablehnt. Zum Objekt ihrer **„pazifistischen"** Sorgen haben alle Parteien der 2. Internationale die Gruppen der in der Sowjetunion wegen Beteiligung an der Vorbereitung konterrevolutionären Anschläge verhafteten Menschewisten, Sozialrevolutionäre und Anarchisten gemacht. Trotz aller Angaben, die bestätigen, daß diese **Häftlinge in den Haftanstalten der Sowjetunion** in denkbar besten Verhältnissen leben, stellt die 2. Internationale ihre gegen die Sowjetunion gerichtete Kampagne nicht ein und stellt diese den Forderungen des Proletariats nach Befreiung der Gefangenen in den bürgerlichen Gefängnissen entgegen.

Ist nun diese Einseitigkeit ein Zufall oder steht die 2. Internationale prinzipiell auf dem Standpunkt einer Unterstützung der Konterrevolutionäre in der Sowjetunion?

Die Parteien der 2. Internationale sitzen in den Regierungen mehrerer Staaten des bürgerlichen Europa und unterstützen eine Reihe anderer. Sie können somit vieles für die Befreiung der Gefangenen aus den bürgerlichen Gefängnissen tun. Dieser Umstand veranlaßt uns zu unseren Vorschlägen. Wir schlagen vor:

1. Die Internationale Rote Hilfe und die 2. Internationale wollen nach **vorheriger Vereinbarung untereinander Sorge tragen für die Milderung des Schicksals der Opfer des Bürgerkrieges,** und zwar wird:

a) die **Internationale Rote Hilfe** alles tun, um die Regierung der **Sowjetunion** zu veranlassen, einem

Austausch

zuzustimmen, der, in den Strafanstalten dieses Landes befindlichen Personen, die, ohne jede Scheu in der Wahl der Mittel, versucht haben, der Arbeiter- und Bauernbevölkerung dieses Landes ihre revolutionären Errungenschaften zu entreißen, austauscht mit den in den Gefängnissen der bürgerlichen Staaten schmachtenden Gefangenen des Kapitals, die des Kampfes gegen das kapitalistische Regime in diesen Staaten beschuldigt werden.

b) Gleichzeitig wird die 2. Internationale und die ihr angehörenden sozialistischen Parteien ihren Einfluß auf die **Regierungen der bürgerlichen Staaten ausnutzen,** um sie zu veranlassen, die **Türen der politischen Gefängnisse zu öffnen und die revolutionären Kämpfer gegen Entlassung der Konterrevolutionäre aus den Haftanstalten der Sowjetunion freizulassen,** für die die 2. Internationale sich stets einsetzt.

2. Erklärt sich die 2. Internationale mit diesem Hauptvorschlag einverstanden, so schlägt die Internationale Rote Hilfe der 2. Internationale vor, daß die beiden Organisationen zum Zweck der Vorbereitung des Gefangenenaustausches einander durch **gegenseitige Information über die Lage der Opfer des Bürgerkrieges** der ganzen Welt unterstützen. Auf Grund des gesammelten Materials kann das Bild, das diese Lage bietet, ohne Voreingenommenheit festgestellt werden.

Eine Ablehnung dieses Vorschlages oder das Ausbleiben einer öffentlichen und offiziellen, unzweideutigen Antwort, würde unsere schlimmsten Erwartungen rechtfertigen und den Wert aller Phrasen und demagogischen Ausfälle der 2. Internationale zeigen.

Die Arbeiter werden die Antwort der 2. Internationale erwarten.

Das Exekutivkomitee der Internationalen Roten Hilfe

Lepeschinski, Lukajanoff, Kuschner, Temkin (GSSR.), Treint (Frankreich), Dombal, Bogutzki (Polen), Geschke, Markgraf (Deutschland), Marabini (Italien), Lulanoff (Bulgarien), Babulesco (Rumänien), R. Jastas (Baltische Länder), Gyptner (KJI.)
Redetzki (Rote Gewerkschaftsinternationale).

Zahlen zum Nachdenken

Wie wenig berechtigt das Wort vom „Zusammenbruch" der SPD. im August 1914 ist, wie sehr im Gegenteil der August 1914 und seine Politik nur eine selbstverständliche Folge der jahrelangen Einstellung der SPD. war, beweist folgende Aufstellung, die wir den Parteiprotokollen der Sozialdemokratie entnehmen. Nach ihnen wurden gegen Sozialdemokraten verhängt im

Jahr	Gefängnis	Zuchthaus	Geldstrafe
1904:	43 Jahre 2 Mon.	— — — — —	21 552 Mk.
1905:	65 Jahre 7 Mon.	2 Jahre 3 Mon.	15 400 Mk.
1909:	27 Jahre 10 Mon.	— — — — —	28 450 Mk.
1910:	36 Jahre 10 Mon.	— — — — —	30 524 Mk.
1911:	26 Jahre 1 Mon.	— — — — —	32 609 Mk.

Diese Statistik ist außerordentlich lehrreich. Je näher der 4. August herankommt, jener Termin, an dem die SPD. zur „Rettung des Vaterlandes" wurde, um so geringer wird die Zahl der Konflikte mit den herrschenden Gewalten. **Und heute?**

1924 wird kein SPD.-Führer bestraft wegen seines Eintretens für die Arbeiter.

Dafür bietet die SPD.-Ersatz. Ihr Ebert setzt Ausnahmegerichte ein, ihr Severing ist der Polizeihäuptling, der Schupo und Spitzel auf die Arbeiter losläßt.

Ob die SPD.-Proleten über diese Wandlung nachdenken?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0004

Gustav Menzel-Halle über Kerkerfolter und Amnestie

Aus seiner letzten Rede im Preußischen Landtag bei Beratung des Justizetats (24. Juni 1924)

Wenn alle Redner von allen Parteien hier unsere Amnestieanträge mit der Begründung ablehnen, daß wir keine Amnestie brauchten, und daß das Preußische Justizministerium an Stelle der Amnestie Gnade in der weitherzigsten Form walten lasse, so kann ich in diesen Gesang nicht mit einstimmen. Ich klage vielmehr das Justizministerium an, daß es gerade in dieser Frage gegen kommunistisch gesinnte Leute viel zu hart, besonders eisenhart ist.

Ich gebe hier die folgende kleine Liste an das Ministerium, die Kritik dazu mögen Sie sich selbst machen: Vom Jahre 1919 sitzen vom Zeitzer Prozeß noch der Arbeiter Hermann Diehr in der Bastille Lichtenburg, Johann Klodzinski in Sonnenburg, Gustav Stauch in Lichtenburg, Otto Arnold in Lichtenburg, Düümchen in Lichtenburg. Dieser Prozeß, bei dem ein Mensch zu Tode gekommen ist, hat Dutzende von Menschen unglücklich gemacht. Diese Opfer schmachten noch, trotzdem wir uns seit Jahren alle Mühe gegeben haben, das Justizministerium aufzufordern, Rücksicht auf die damaligen aufgeregten Zeiten zu nehmen. Die Leute schmachten seit 1919 im Kerker. (Hört, hört!) Es schmachten noch vom Klüber-Prozeß Heinrich Gierhold, Rudolf Richter, ebenso der Arbeiter Otto Bauer. Diese Leute, bei denen eine Schuld nicht festzustellen ist, haben sich lediglich an dem Zusammenlauf beteiligt. Wenn man die Schuldigen hätte fassen wollen, hätte man alle Menschen, die an diesem Zusammenlauf beteiligt waren, wegen Landfriedensbruchs mitverurteilen müssen. Sie wurden bestraft daraufhin, daß ein übel beleumdetes Weib namens Kuppler, das tagelang im Zuhörerraum gesessen hatte und Gefallen am Prozessieren fand, sich am dritten Tage als Zeugin melden ließ, worauf dieses Schreckensurteil herauskam. Genau so handelt es sich um den jugendlichen Fichtmann, welcher heute noch in der Strafanstalt Münster sitzt, der, wie im Rechtsausschuß festgestellt worden ist, von einem Polizeispitzel zu der Tat verführt wurde. Wenn das der Fall ist, sollte man bei dem jungen Menschen, der nun schon sechs Jahre gesessen hat, Gnade walten lassen. Es stimmt also nicht, was das Justizministerium von der weitherzigen Gnade gesagt hat.

Ferner sitzen vom Jahre 1920 die Arbeiter Mohr und Witkowski im Zuchthaus zu Lichtenburg bzw. Brandenburg.

Trotzdem der Amnestieausschuß diese Leute dem Justizministerium zur Begnadigung überwiesen hat, ist bis heute von dem Begnadigungsrecht seitens des Justizministers noch kein Gebrauch gemacht worden.

(Hört, hört! bei den Komm.) Ebenso ist es mit dem Arbeiter Staat, einem jungen Mann von 20 Jahren, von dem selbst Juristen im Amnestieausschuß der Meinung waren, daß er unschuldig sei, daß die große Wahrscheinlichkeit vorläge, daß der eine Belastungszeuge der Täter sei. Auch dieser Mann wurde zur Begnadigung empfohlen, aber von dem Recht der Begnadigung ist bis heute noch kein Gebrauch gemacht worden. — Ich werde Ihnen nachher die Liste überreichen, Herr Justizminister.

Wortbruch der verteidigten Demokratie

Ich erinnere Sie daran, daß Herr Abgeordneter Dr. Preuß von dieser Tribüne nach den Tagen von 1920 sagte, daß man wohl an eine Amnestie herangehen müsse, weil ein Teil der Leute bei dem Kampf gegen die Kapp-Rebellen über die mittlere Linie gegangen sei und man bei ihnen Gnade walten lassen müsse. Herr Justizminister, warum machen Sie nicht von diesem Rechte Gebrauch?

Ebenso schmachten vom Kapp-Putsch her noch der Arbeiter Erich Roll und der Arbeiter Steinbach, ein Vater von acht Kindern im Kerker. Wenn Sie, meine Herren auf der Ministerbank, das Elend in der Familie sehen würden! Die brave Frau, die seit fünf Jahren ihre acht Kinder mit Hilfe guter Menschen durchschleppt! Wenn Sie sehen würden, wie tapfer diese Frau vom frühen Morgen bis zum späten Abend schuftet, um ehrlich zu bleiben! Ich meine, das müßte für Sie ein Anlaß sein, diesen Mann endlich aus der Strafanstalt zu entlassen, weil er ein Opfer der damaligen aufgeregten Zeit ist. Ebenso sitzt im Zuchthaus Münster noch der Strafgefangene Goldstein. Ich glaube, der Mann sitzt nur, weil er Jude ist, **und bei der Hetze gegen die Juden — ich weise auf die Rede hin, die wir heute gehört haben —, kann man das bald glauben.** Ich bitte, daß auch diesem Fall nachgegangen wird, damit dieser arme Mensch endlich wieder das Licht der Oeffentlichkeit erblickt.

Genau so ist es mit den Gefangenen vom Jahre 1921. Sie haben hier erklärt, wir brauchten kein Amnestiegesetz, weil diese Leute amnestiert bzw. begnadigt worden seien. Das ist nicht wahr, es sitzen noch eine ganze Reihe von Leuten, (Hört, hört! bei den Komm.), die an diesem Kampfe beteiligt waren, z. B. die Landarbeiter August Faude und Kaujmann in Groß-Strehlitz bzw. Striegau. Es wäre unbedingt nötig, daß die Leute endlich aus dem Zuchthaus herauskommen, umsomehr, weil wir uns im Amnestieausschuß einig waren, daß wir sie nicht amnestieren könnten, weil sie gegen das Dynamitgesetz verstoßen hatten. Aber ein Schaden war durch sie nicht entstanden. So legten wir die Sache wieder in die Hände des Preußischen Justizministeriums, aber ich habe mich sehr geirrt, die Leute schmachten noch heute im Zuchthaus. (Hört, hört! bei den Komm.) Ebenso steht es mit den Arbeitern Kühn und Beßlau, die im Zuchthaus Lichtenburg sitzen.

Meine Herren vom Justizministerium, Sie haben in den letzten Wochen und Monaten die französischen Gerichte mit Recht beschuldigt, daß sie der Aufgeregtheit der deutschen Bevölkerung nicht genügend Rechnung getragen hätten.

Wie können Sie von den sogenannten Feinden Gnade verlangen, wenn Sie gegenüber den eigenen Landeskindern genau dasselbe Verfahren anwenden.

(Andauernde Zurufe bei den Komm.)

Meine Herren, in aller Ruhe: es ist so. Wir verlangen von den Franzosen Gerechtigkeit, wir sagen mit Recht, daß die aufgeregte Zeit, in der die Leute gelebt haben, nicht berücksichtigt worden ist. Genau so ist es bei den Leuten, die ich hier genannt habe. Sie müssen Rücksicht nehmen auf die Zeit und auf die Strafen, die ihnen zudiktiert sind. Dann dürfte es Ihnen ein leichtes sein, zu veranlassen, daß alle diese Leute ihre Freiheit wieder erhalten.

Grausamer Strafvollzug unter Mitwirkung der SPD.

Wenn hier gesagt worden ist, daß schon manches bedeutend besser geworden sei, so müssen wir, wenn wir den Vertreter des Justizministeriums, der das Dezernat des Strafvollzugs bearbeitet, Herrn Ministerialdirigenten Klein, im Hauptausschuß gehört haben, doch das Gegenteil feststellen. Ich fange mit dem Rauchen an. Früher war das Rauchen in den preußischen Zuchthäusern erlaubt, wenn sich die Leute gut führten, ihr Pensum erledigten usw. Heute ist es generell verboten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man sich nach dem reaktionärsten Strafvollzug gerichtet hat, der überhaupt besteht.

Wenn Herr Ministerialdirigent Klein sagte, die Dienst- und Vollzugsordnung könne wohl nicht so schlecht sein, schon weil ein sozialdemokratischer Vorsitzender und ein sozialdemokratischer Schriftführer daran mitgearbeitet hätten, dann muß ich zur Entschuldigung des Herrn Klein annehmen, daß er von Politik nicht viel weiß. Sonst würde er wissen: wenn die Sozialdemokraten Sozialdemokraten geblieben wären, wenn sie so gehandelt hätten, wie sie als Sozialdemokraten handeln müßten, dann säßen wir hier heute nicht als Kommunisten, sondern jedenfalls als Sozialdemokraten. **Weil sich aber die Führer der Sozialdemokratie dazu benutzen ließen, immer das Aushängeschild für die Reaktion abzugeben (sehr richtig bei den Komm.), deshalb kam die Spaltung, und selbst alte Leute, die ihr Leben lang in der Partei gekämpft hatten, drehten dieser Partei verachtungsvoll den Rücken zu.** So, wie Sie es machen, wird es überall gemacht. Man sagte zu der Tatsache jener Tausende von Arbeitern, die ermordet worden sind: „was wollt ihr, Noske war doch Befehlshaber, er ist euer Genosse, ein Führer der Arbeiter; was wollt ihr denn, die Kaiserkrone ist doch abgeschafft, ihr habt jetzt eine Sattlermütze, euch muß es doch gut gehen!" (Sehr richtig bei den Komm.)

Herr Ministerialdirigent, sollen Sie nicht wieder darauf herein, daß eine Sache gut sein müsse, wenn Sozialdemokraten daran mitarbeiten; es kann höchstens ein schlechteres Resultat herauskommen.

Wenn im Hauptausschuß gesagt wurde, ich hätte nur über einzelne Strafanstalten Klage geführt, so habe ich Ihnen durch Verlesen einer Reihe von Briefen das Gegenteil gezeigt. Ich lese aber heute nicht mehr vor, ich ordne jetzt die Akten in Bündel, und das stärkste Bündel war gerade das von Celle. Einen Brief will ich Ihnen doch noch vorlesen. Da schreibt ein Strafgefangener:

Notschrei eines Gequälten

„Dem Preußischen Landtag erlaubt sich Unterzeichneter folgende Eingabe zu unterbreiten:

Da von seiten des hiesigen Strafanstaltsvorstehers meine im Februar und März verfaßten Beschwerden an das Strafvollzugsamt bis zum 16. April d. J. widerrechtlich zurückgehalten wurden und erst an diesem Tage en bloc dem Vertreter des Präsidenten zur Entscheidung vorgelegt wurden, sah ich mich veranlaßt, am 20. März eine Eingabe an den Landtagsabgeordneten Menzel (Halle) zu richten, worin ich die gewissenlose ärztliche Behandlung der Tuberkulosekranken der hiesigen Anstalt einer wahrheitsgetreuen Schilderung unterzog und aus menschlichen Gründen um seine Verwendung bat. Dieses Schreiben wurde vom Vorsteher der Anstalt widerrechtlich zurückgehalten, und der Vertreter des Strafvollzugsamtes entschied am 16. April bei einer persönlichen Rücksprache, daß der Abgeordnete selbst keine Volksvertretung sei (!), sondern die Fraktion, welcher er angehört, und ich könne an diese schreiben. Trotzdem wurde mein Schreiben vom 20. April an die Kommunistische Partei wieder zurückgehalten, und zwar führte jetzt der Vorsteher den folgenden Grund an: er kenne die KPD. überhaupt nicht als Partei und auch nicht als Volksvertretung an, sondern nur den Landtag selbst. Ich überlasse es dem Landtag und auch der KPD. selbst, über diese Meinung, welche an Klein-Tschirna erinnert, zu urteilen, erwarte aber vom Landtage, daß sich derselbe trotzdem bei den in Frage kommenden Behörden durchsetzt, daß die Gefangenen der Strafanstalt Celle als Menschen behandelt werden. Es muß den Landtag aus der Flut der einlaufenden Eingaben doch überzeugen, daß hier ein Strafvollzug geübt wird, welcher nicht in dem Sinne ist, wie es der Strafvollzug und die Strafvollzugsordnung bezwecken, denn es ist völlig ausgeschlossen, daß der Gefangene hier für ein späteres Leben weder erhalten an Strafvollzugsamt und Justizminister müssen stets einen negativen Erfolg haben, weil die Stellungnahme der Verwaltung stets das Entgegengesetzte behaupten wird, als wie der Gefangene. Und da naturgemäß die vorgesetzte Instanz doch dem Vorsteher glaubt und ja auch eigentlich dem Gefangenen nicht glauben kann, daß er von einem gebildeten Mann, der nicht nur Leiter der Anstalt, sondern Erzieher des Gefangenen sein müßte, daß er von diesem belogen, geknechtet und auch in den Tod getrieben wird, so sind alle Beschwerden an diese Behörden für den einzelnen nicht nur ergebnislos, sondern sie bringen ihm den Nachteil, daß er dafür ganz besonders scharf und ungerecht behandelt wird. Wenn ich nun, da ich alles Vertrauen zu den Menschen und zu solchem Vorsteher verloren habe, meine Beschwerden an die einzige Partei, von der ich glaube, daß sie sich der Recht- und Schutzlosen annimmt, richte, so ist es wohl erklärlich, daß der Vorsteher von diesem Machtmittel, welches er sich eigenmächtig aneignet, Gebrauch macht und mein Schreiben zurückhält, weil er als mein ganz besonderer Bedrücker meinen Hilferuf ersticken will."

Celle die Hölle

Daß Celle die allerberüchtigste Hölle ist, geht ohne weiteres schon aus den vielen dortigen Meutereien hervor. Das wird Ihnen auch einleuchten, wenn Sie die Erfahrungen hören, die ich auf dem Kongreß der Strafvollzugsbeamten in Kassel gemacht habe. Dort wurde von Unterbeamten der Anstalt in Celle ein Antrag auf Einführung der Gummiknüppel (Hört, hört! bei den Komm.) und ein Antrag auf Abbau des Schulwesens eingebracht. (Hört, hört! bei den Komm.) Als ich diese Anträge sah, wurde mir sofort klar, daß niemals etwas Gutes aus einer Anstalt herauskommen kann, bei der schon die Unterbeamten von einem solchen Geiste beseelt sind. Denn dieser Geist kommt von oben, und wenn diese Leute einmal einen Gummiknüppel in der Hand haben, dann werden sie ihn natürlich nicht gebrauchen, um sich damit in der Nase herumzuspielen, sondern es wird so kommen, wie es mir einmal der Rechtsanwalt Samter bei dem Schwurgericht in Lichtenburg erzählt hat: er fragte einen Herrn, der immer mit den Händen in der Tasche herumstand, ob die Gummiknüppel auch angewandt werden, und erhielt die Antwort: „jawohl, selbstverständlich werden die immer angewandt, wenn die Leute die Gummiknüppel erst haben." Herr Justizminister, ich habe Sie persönlich nicht in Verdacht; aber ich glaube, Ihre Mitarbeiter sind auf dem besten Wege,

den Strafvollzug wieder dahin zu bringen, wie er vor 20, 30, 40 Jahren war, wo den Gefangenen die Knochen kaputtgeschlagen wurden, wenn sie ins Zuchthaus kamen, und wo man sie wieder über den Prügelbock spannte, wenn sie die Anstalt verließen.

Dann die Arztfrage! Sie haben unseren Antrag über die Arztfrage ins Lächerliche gezogen. Aber es ist tatsächlich notwendig, daß in dieser Beziehung etwas getan wird. Denn aus allen Strafanstalten kommen die Klagen über die Aerzte. Augenblicklich ist aber der Leiter des Strafvollzuges immer bei der Hand, den betreffenden Arzt für einen tüchtigen Beamten zu erklären, ohne auch nur hinzufahren und etwas zu untersuchen. So geht es auf keinen Fall weiter, daß die Leute, die diesen Aerzten überantwortet sind, nicht sicher sind, ob sie die Anstalt einmal mit gesunden Gliedern verlassen werden. Geradezu mit Grausamkeit geht man gegen die Gefangenen vor, ganz besonders wieder in Celle, von wo ich sehr viel mehr Anzeigen bekomme, als aus anderen Anstalten. Dort hat man erst sechs Tage vor dem Tode eines schwer Schwindsüchtigen, als seine Mutter dorthin kam, erkannt, daß er schwindsüchtig war. Es handelt sich hier um zwei Brüder, die ich beide als kräftige gesunde Menschen gesehen habe. Sie hatten beim Kapp-Putsch das Waffenrecht, etwas über die mittlere Linie zu gehen, und 15 Jahre Zuchthaus war für jeden die Strafe. Der eine fing an zu kränkeln und hat sich Monate lang mit seiner Krankheit herumgequält.

Zuruf bei den Komm.: Das soll Euch nicht vergessen werden, Ihr Hunde!

Als dann der Bruder endlich gestorben war — er hat mir viele Briefe geschrieben —, hat der Gesunde den Direktor, zur Beerdigung seines Bruders mitgehen zu dürfen. Das lehnte dieser Cerberus ab (hört, hört! bei den Komm.), weil er noch zu viel Strafe hätte. Als er sich erkundigte, ob der Landtag sich nicht nach seinem Bruder erkundigt hätte, da sagte dieser Cerberus: „Darüber gebe ich Ihnen keine Auskunft, die können Sie sich im Landtag selbst holen." (Zurufe bei den Komm.)

Meine Herren von der Rechten, nicht etwa, daß Sie mich für „ungerecht" halten! Ich hatte mich an einen bürgerlichen Rechtsanwalt gewandt, der sein Mögliches tun sollte, unseren Leuten das Los zu erleichtern. Es ist ihm bisher nicht gelungen. Er selbst hat folgendes Urteil: „Der Direktor Wisse mag es persönlich nicht schlecht mit den Gefangenen meinen, aber er läßt sich von seinen Beamten einwickeln, und hinsichtlich der Strafvollstreckung steht er keinesfalls auf einem modernen Standpunkt. Für ihn ist eine Strafanstalt eine Kaserne mit militärischer Disziplin." Der Direktor einer großen Anstalt, den ich um Rat fragte, erklärte mir, die Strafanstalt Celle sei unter allen preußischen Strafanstalten die schlimmste, die er kenne (hört, hört! bei den Komm.), und das komme daher, daß der Direktor mit seiner militärischen Denkweise nicht der geeignete Mann sei. Seit Jahren trage ich nun an dieser Stelle die Leiden und Klagen der Gefangenen vor, und immer noch steht dieser Mann auf seinem Posten, so daß einem die Lust vergeht, überhaupt noch darüber zu reden, weil man sieht: es bleibt doch alles beim Alten.

Gefängnisarzt oder Sadist?

In Kottbus ist ein Arzt, der scheint ganz und gar von der alten Sorte zu sein. Ueber seine Behandlung der Schutzhaftgefangenen — der Brief stammt aus der Zeit, wo die Leute noch in Schutzhaft waren — schreibt mir ein Gefangener:

„Dieser Arzt scheint mit besonderer Freude den Geschlechtsteil des Gefangenen zu sehen, denn seine ganze Untersuchung besteht darin: Hemde hoch! — Fehlt Ihnen was? — Raus! Die anderen Gefangenen müssen ihm das Hinterteil zeigen, und fertig ist er damit."

Meine Herren, wenn Sie glauben, auf diese Art und Weise Leute zu bessern, werden Sie immer auf dem Holzwege sein. Auf dem Kongreß der Unterbeamten wurde sogar behauptet, daß 75 Prozent der Gefangenen geistig gelitten hätten. Diese Behandlung, die Sie heute den Gefangenen zuteil werden lassen, ist militärisch, ist roh und ist bei Leuten, die durch die Gefangenschaft oftmals geistig und meistens auch körperlich defekt geworden sind, nicht angebracht.

Unser heutiger Strafvollzug in Preußen ist dazu angetan, den Menschen nicht nur geistig, sondern auch körperlich vollständig zu zerbrechen, auch diejenigen, von denen man hofft, daß sie sich einmal bessern. Immer wieder kommt eben hinten der Pferdefuß zum Vorschein, daß, wer einmal gegen das Gesetz verstoßen hat oder gestrauchelt ist, zerbrochen werden soll.

All die Flickerei, die wir alljährlich hier im Parlament machen, hat keinen Zweck. Nur wenn die Arbeiterschaft sich im allgemeinen auf ihre Kraft besonnen haben wird und einstimmt in den Ruf: Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Höllenein richtungen! Es lebe der Kommunismus! — wenn sie aufsteht gegen seinen Klassenfeind — dann wird es besser werden! (Lebhafter Beifall bei den Komm.)

„Brecht die Gefängnisse. Kämpft!"

Aus der Reichstagsrede des Genossen Katz am 29. August 1924

„Aber die Frage der Amnestie ist ja noch nicht vorbei mit dem heutigen Tage! Die Frage der Amnestie währt so lange, wie Sie diesen Staat haben! Die Frage der Amnestie dauert so lange, wie Sie die Gefängnisse und Zuchthäuser dieses Klassenstaates haben, und die Frage der Amnestie wird erst an dem Tage gelöst, wo sich dasselbe vollzieht wie bei der französischen Revolution im Jahre 1789. Aeußerer Anlaß der französischen Revolution war auch eine Erbitterung großer Bevölkerungsteile über das Unrecht, das politischen Gefangenen geschah. Grimm und Haß war in der französischen kleinbürgerlichen Bevölkerung gegen die Bastille, und ähnlich wie damals die Madame Le Gros durch alle Straßen und Häuser von Paris zog und zu jedem sagte: „Schämst Du Dich nicht, zu schlafen, schämst Du Dich nicht, ruhig zu sein, solange unsere Brüder in der Bastille schmachten?" — so gehen auch die Kommunisten durch die Reihen der Arbeiter von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung, mahnen, rufen, rütteln:

„Arbeiter steht auf, Eure Brüder in den Gefängnissen rufen! Schlagt das Bollwerk des kapitalistischen Staates nieder! Brecht die Gefängnisse! Kämpft! Kämpft, bis die Macht der Kapitalisten auch in Deutschland zusammengebrochen ist! Sorgt, daß der Tag nahe ist, wo wir selber unsere Gefangenen herausholen und diejenigen in die Kerker werfen, die jetzt die Richter sind. Es kommt der Tag, wo wir uns rächen! Dann werden wir die Richter sein!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0005

36 neue Kämpfer!

So beantworten die Ermsleber Genossen den Justizterror

Ein Genosse schreibt uns:

„Die Ermsleber Genossen haben noch einen tapferen Kämpfer im Zuchthaus. Es ist der Genosse, der nach dem Kapp-Putsch wegen angeblicher Erschießung des kappfreundlichen Junkers v. Knigge-Endorf zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Obzwar ihm die Tat nicht nachgewiesen wurde, ja nicht einmal der Beweis vorlag, daß zu der Zeit, als die Tat geschah, der Verurteilte eine Schußwaffe führte; obzwar eine Verurteilung überhaupt nicht stattfinden konnte, da der Junker Knigge für Kapp und gegen die Arbeiter kämpfte, die damals die Republik gegen die Konterrevolutionäre schützten. Das hallische Schwurgericht war seinerzeit zum größten Teil durch Agrarier und Reaktionäre vom Schlage der Kapp und Knigge besetzt. So kam es, daß der Mann,

„im Namen der Republik" für den besten Teil seines Lebens hinter die Zuchthausmauern verbannt

wurde, wo ihn bis zur Stunde trotz aller Amnestieversprechen, Amnestiegesuche und Amnestien die Ebert-Severing-Regierungen noch schmachten lassen.

Dieses gesolterten Genossen haben sich die Ermsleber Genossen erinnert, als von der KPD. zum Amnestieaufgebot gerufen wurde.

Um sich für die Justizschande und -willkür zu rächen, warben sie kürzlich für ihren inhaftierten Kameraden, wie es die Partei verlangte, zehn neue Mitglieder.

Aber sie taten freiwillig mehr. Sie erinnerten sich in der Werbezeit der beiden anderen Genossen, die die Ermsleber Arbeiterschaft ebenfalls im Kapp-Putsch im Kampfe mit der Reichswehr vor Quedlinburg verloren hatte.

Für diese beiden gewannen sie weitere zwanzig Mitglieder für die KPD.

Mutig geworden durch den schönen Erfolg in der Werbearbeit, beschlossen sie ihre Fortsetzung, bis die Mitgliederzahl in den Kampfesjahren wieder erreicht ist.

In der ersten Wählerversammlung erklärten wiederum sechs Arbeiter ihren Beitritt zur KPD. Weitere werden folgen."

*

Genossen im Bezirk, macht dieses gute Beispiel der Ermsleber Parteiortsgruppe nach! Für jeden Kämpfer, den die revolutionäre Arbeiterschaft im Kampfe mit der Reaktion verloren, zehn neue Kämpfer in die KPD. hereingeholt! Das ist die beste Verteidigung der Revolution; das ist der wirksamste Kampf wider die Zuchthausschande; das ist der zuverlässigste Damm gegen die agrarische und industrielle Ausbeutung; das ist die sicherste Vorbereitung des

Wahlsieges der Kommunisten!

„Von Euch erwarten wir alles!"

Eine Mahnung der Inhaftierten an die mitteldeutschen Arbeiter

Zentralgefängnis Gollnow
Festungs-Abteilung. Den 21. November 1924.

An die Belegschaften der Mansfeld A.-G.
z. Hd. des Kollegen Martin Küfner
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates.

Werte Genossen!

Mit Hoffnungen erfüllt, erwarten tausende braver Proletarier den Ausfall der Reichstagswahlen. Es sind jene Tausenden, die verhindert sind, die „freie" Luft des republikanischen Deutschland zu atmen; die, von denselben Männern verurteilt, in die republikanischen „Erziehungsanstalten" gesperrt wurden, zu deren Füßen sie einst saßen und sich über den Zukunftsstaat Vorlesungen halten ließen.

Die Szene hat gründlich gewechselt. Aus jenem Zukunftsstaat ist ein Zuchthausstaat geworden; ein Zuchthausstaat mit der Maske „Demokratie", der Euch „freien" Menschen noch das Recht gibt, eine „Volksvertretung" zu wählen, die nach „demokratischen" Grundsätzen dann regieren oder herrschen soll. Von dieser „Volksvertretung" erwarten die Tausende, die in republikanischen Kerkern sitzen, nichts, aber von der Arbeiterschaft erwarten sie alles. Eingedenk der Tatkraft der Arbeiterklasse erwarten sie, daß am Tage der Wahl der Ruf: „Heraus mit den politischen Gefangenen" millionenfach widerhallt.

In alle Bezirke, alle Orte, alle Betriebe werden unsere Rufe durch die Eisentrallen und Tore hindurch zu Euch dringen. Es gibt keinen Winkel in unserm „Vaterlande", der nicht heimgesucht wäre, vom „Gesetze zum Schutze der Republik".

Werte Genossen! Ich wende mich an Euch Mansfelder, weil ich mich noch heute mit Euch verbunden fühle, durch das Band der politischen Partijanenkämpfe, die ich mit Euch gemeinsam führte. Hunderte von Euch haben bereits einen Vorgeschmack von jener Freiheit, die Knechtschaft bedeutet. Und dennoch wird es keiner Macht der Erde gelingen, uns in unserm Streben zu hindern, unsere Kraft zu brechen, unsern Mut zu knicken.

Wir glauben an den Sieg des Kommunismus!

Hier drinnen trösten die Jungen den Alten, dessen Augen sich mit Tränen füllen, wenn ihm die Nachricht amtlich übermittelt wird, daß Frau und Kind eine sorgenlose Unterkunft auf dem Friedhof der Gemeinde gefunden haben. Hier belehren die Alten den Jungen, der im überjprudelndem Eifer ab und zu vom Heimweh gepackt wird. Aber allen bleibt der Mut stahlhart, wenn es um die Sache des Proletariats geht. Die Rechnung der herrschenden Klasse war falsch, als sie „zum Schutze der Republik" Tausende und aber Tausende einkerkerten.

Unsere Gesinnung bleibt fest. So wenig es einem Bismarck einst gelungen ist, die Idee des Sozialismus zu vernichten, so wenig wird es Leuten „ohne Mark" gelingen, die Idee des Kommunismus zu vernichten. Und wenn wir tausend Leben zu verlieren hätten, wir opferten sie für das Befreiungswerk der Arbeiterklasse.

Und in diesem Gedanken erinnere ich Euch an die Tage, wo Ihr zu Zehntausenden auf dem Marktplatz in Eisleben zusammenströmtet, um der todbringenden Reaktion ein Paroli zu bieten. Mit dem Schwur von damals auf den Lippen sollte Ihr im Wahlkampf den Gegner schlagen. Es wird der Tag kommen, wo wir wieder gemeinsam kämpfen werden, an Euch liegt es, den Tag recht bald herbeizuführen, es soll der grausigste Tag der Totengräber Deutschlands sein. Aus dem preußischen Erziehungsheim für rebellierende Proletarier, aus dem Zentralgefängnis Gollnow i. P.

Allen Mansfelder Proletariern meine Grüße

Ferdinand Menzel.

Der Werdegang eines Lockspitzels

Der Spitzel Köberle legt im Freiburger Kommunistenprozeß ein volles Geständnis ab

Wir hatten im letzten Bericht durch die verschiedensten Zeugenaussagen u. a. des Oberbürgermeisters von Lörrach von dem vollkommenen Zusammenbruch der Anklage berichtet. Als letzten Trumpf spielt die Staatsanwaltschaft (Niedner) den **Lockspitzel Köberle** aus

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Württembergischen Landtag der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Bezirkssekretär Steinmeyer wiederholt „Enthüllungen" über die KPD. machte und in unverblümter Weise auf Spitzel, die er allerdings nicht namhaft machte, hingewiesen hat, so muß man ohne weiteres zu dem zwingenden Schluß kommen, daß die württembergische **sozialdemokratische Führerschaft nicht nur von dem jetzt endlich enthüllten Spitzelunwesen Kenntnis hatte, sondern daran in stärkstem Maße interessiert war, Köberle** hat sein Spitzelhandwerk bereits seit 1919 in Ravensberg in Württemberg ausgeübt. Zu einer Zeit, in der die württembergische Sozialdemokratie in der Regierung saß und in der Person Heymann das Innenministerium in der Hand hatte. **Die SPD. hat demnach die Spitzeleien Köberles nicht nur gebilligt, sondern direkt gefördert.**

*

Freiburg, 24. November.

Unter allgemeiner Spannung wird zur

Vernehmung des Spitzels Köberle,

Lehrer aus Dunningen geschritten. Im Mai 1919 wurde er vom Bezirksstab der Einwohnerwehr in Ravensburg aufgefordert,

als Kundschafter in die KPD. (Spartakusbund)

einzutreten. Innerlich sei er niemals Kommunist gewesen, aber habe sich, um seine Aufgabe erfüllen zu können, den äußeren Schein eines Kommunisten gegeben. Der Fabrikant Rau und der Redakteur Huber, aus Ravensburg haben ihn zu dieser Tätigkeit, die er bereits als Lehramtskandidat ausübte, veranlaßt. Wörtlich führte Köberle folgendes aus: Als Staatsbürger hatte ich die moralische Pflicht, mich am Schutze des Vaterlandes zu beteiligen. Bereits in Tübingen war ich als Student dieser Auffassung. Ich trat der Einwohnerwehr am 15. Mai 1919 bei, als es galt, gegen Spartakus in München zu ziehen. Das entsprach meiner Weltanschauung, und ich habe die Spitzeltätigkeit gegen die KPD. aus Idealismus ausgeübt.

Meine Unkosten wurden mir ersetzt.

Ich habe darüber gewissenhaft Rechnung geführt. Der Fabrikant Friedrich Kraus und der Redakteur Huber aus Ravensburg können das bezeugen. Für diese mußte ich für die nationalistische Organisation als Spitzel in der KPD. arbeiten. Mit großer Emphase ruft Köberle aus:

Ich werde nur die Wahrheit sagen; denn ich habe mit dem Leben abgeschlossen, mein Leben ist verwirkt. (!)

Niedner: **Vernünftiger wäre es allerdings, wenn Sie ein anständiger Mensch würden, als mit Ihrem Leben abzuschließen.**

Köberle: Bereits im Jahre 1919 war ich als Delegierter der Ortsgruppe Ravensburg auf einer Landeskonferenz der KPD. in Stuttgart. Ueber meine Eindrücke habe ich in der Wohnung des Fabrikanten Kraus Bericht erstattet.

Von 1921 an habe ich regelmäßig über die kommunistische Parteibewegung berichtet.

Als ich mein Examen gemacht hatte, kam ich im Jahre 1923 nach Schwenningen. Dort traf ich den mir von Ravensberg bekannten Kommunisten Fischer. Mir war es deshalb leicht, wieder in die Partei zu kommen.

Als ich erfuhr, daß proletarische Hundertschaften gebildet wurden, habe ich mich durch die Vermittlung Hubers wieder in den Dienst der Polizei gestellt.

Darauf kam der Kriminalbeamte des Stuttgarter Fahndungsdienstes Mußgay, zu mir nach Schwenningen. In Schwenningen habe ich in der Kommunistischen Jugend Vorträge gehalten. Später wurde ich Schriftführer in der Partei.

Ich bin also sehr weit über die Kompetenz eines Spitzels hinausgegangen.

Da ich aber wußte, daß es sehr auffällig und verdächtig wird, wenn ich mich vordränge, habe ich sehr vorsichtig gearbeitet. Trotzdem versuchte ich die höchsten Aemter zu erhalten. Denn nur dadurch konnte man die KPD. richtig bekämpfen.

Ich habe sämtliche Funktionäre an die politische Polizei verraten, so daß diese in fünf Minuten verhaftet werden konnten.

Im Oktober ließ ich mich von meiner Schulbehörde beurlauben, um mich restlos in den Dienst der Polizei zu stellen. **In meinem Urlaubsgesuch bei der katholischen Oberschulbehörde, habe ich mich auf die Polizei berufen.**

Als Mußgay in Schwenningen war und einen Kommunisten sistierte, habe ich mit Mußgay verhandelt und ihn aufgefordert, auch mich festnehmen zu lassen.

Das tat ich deswegen, damit die Kommunisten über meine Person immer sicherer werden sollten. Das geschah auch. Ich wurde während des Unterrichts aus dem Schulzimmer heraus verhaftet. So wiegte ich die Arbeiterschaft in Vertrauen zu mir.

Niedner: Wenn Sie wirklich Polizeispitzel waren, wie konnten Sie dann eine solche Reise nach Lörrach tun?

Köberle: **Ich wollte unter allen Umständen in die engeren Kreise der Partei eindringen.** Das konnte ich aber nur dadurch erreichen, wenn ich jede Aufgabe übernahm.

Ich hatte auch die Absicht, in die Reichszentrale der Partei einzudringen.

Als ich verhaftet wurde, rechnete ich sofort mit meiner Freilassung, denn ich hatte ja vollkommen meine Pflicht der Polizei gegenüber erfüllt

Niedner: verliest jetzt verschiedene Stellen aus dem Tagebuch Köberles. Auf Vorhalt hierüber, sagt dieser raffinierte Spitzel die klassischen Worte:

Ich mußte, um meine Aufgabe vollkommen erfüllen zu können, genau so denken und mich geistig umstellen wie ein Radek oder ein Lenin.

Gen. Seckel: **Haben Sie von den Behörden Geld erhalten?**

Köberle: **Ja, ich habe Geld erhalten, aber nur sehr wenig.**

Seckel: Warum haben Sie bisher in dem Stuttgarter und Leipziger Prozeß geschwiegen?

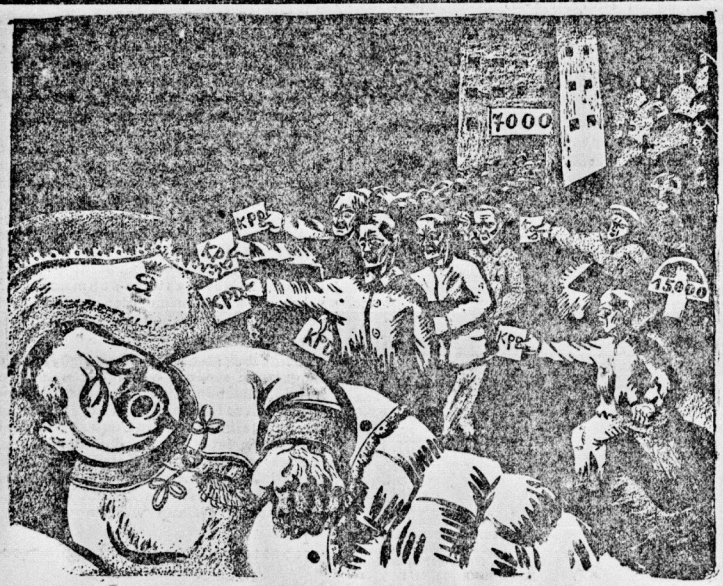
Köberle: Durch mein Stillschweigen wollte ich einen Protest gegen die ungerechte Behandlung abgeben.

Gen. Seckel stellt verschiedene Beweisanträge, u. a. verlangt er die Ladung des württembergischen Landtagsabgeordneten Halle, der beweisen soll, daß

Köberle als Lockspitzel

tätig war und zur Gewalt aufgefordert hat.

Köberle: Ich habe nur einen Selbstschutz gegen die proletarischen Hundertschaften organisiert.



EBERT'S TRAUM

Die Väter des Spitzelwesens

Was sie einst dachten — wie sie heute handeln

Einst hieß es im Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler (1900) anläßlich „zahlloser skandalöser Spitzelfälle":

„Der Minister kann das skandalöse Treiben seiner Beamten nicht in Abrede stellen, er hält es aber nicht für nötig, vor dem Lande seine Mißbilligung darüber auszusprechen und die bürgerliche Opposition, die Freisinnhelden, flüchten sich, anstatt dem System der politischen Polizei den Krieg zu erklären, ängstlich ins Mauseloch."

„Die Verantwortung für diese und ähnliche Spitzelaffären trägt neben der Regierung der Preußische Landtag, der in der Erkenntnis, daß ohne das Spitzelsystem die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr auskommen kann, jahrein, jahraus geheime Polizeifonds bewilligt, obwohl er weiß, daß diese Mittel, die von der Gesamtheit der Steuerzahler aufgebracht werden, zu unsittlichen Zwecken Verwendung finden."

„Eine wirkliche Volksvertretung würde der Regierung auch nicht einen Pfennig für derartige unsaubere Zwecke bewilligen."

Jetzt (d. h. 1919) züchtet die regierende württembergische Sozialdemokratie ein Spitzelsystem gegen die Kommunisten groß, dessen übelstes Subjekt Köberle im Freiburger Kommunistenprozeß endlich alle Zusammenhänge aufdeckt. Jetzt bekennt sich im Landtag der sozialdemokratische Minister Severing offen und zynisch zur Spitzelei:

„Die Regierung hat sicherlich Leute, Agenten, die man gewöhnlich mit dem Namen Spitzel bezeichnet. Zuruf b. d. Komm. Partei: Lockspitzel!) — Ja, Lockspitzel! Ich komme darauf. — Spitzel! Gewiß, es gibt bei Polizeiorganen Spitzel! Ich glaube, das ist eine Binsenwahrheit, das braucht man gar nicht zu betonen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0006

„Die bolschewistische Partei Deutschlands steht unter dem Kreuzfeuer der Feinde"

Ein Brief der KAP. an die KPD.

Werte Genossen!

Unsere Partei verfolgt Euren Kampf mit der größten Aufmerksamkeit. Ihr habt diesen Kampf unter den schwersten einigten Kräfte des internationalen Kapitals, der Bourgeoisie und des Junkertums Eures Landes sowie der Sozialdemokratie, die wieder einmal eine wirkliche Verräterrolle spielt.

Die von der Sozialdemokratie aktiv unterstützte Reaktion trifft Euch mit ihrer ganzen Schwere. Die Dekorationen der bürgerlichen Demokratie wurden abgerissen. Der Reichstag ist aufgelöst, ebenso die Landtage in Preußen, Hessen, Baden, Anhalt. Die Reste der demokratischen Freiheit wurden vernichtet, damit man die kommunistischen Abgeordneten um so leichter verhaften kann. Eure Partei wird von allen Seiten von den Spürhunden der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie gehetzt. Zuchthausregime — das ist die deutsche Demokratie. Es ist eine wahre Schmach, welche verräterische Rolle die Sozialdemokratie aufs neue spielt; nachdem sie das Proletariat physisch entwaffnet hat, hilft sie jetzt, auch seine organisatorische Kraft zu vernichten, die Partei der Avantgarde des revolutionären Proletariats zu zerstören. Die sozialdemokratischen Führer helfen der Bourgeoisie, Tausende von kommunistischen Arbeitern ins Zuchthaus zu werfen, alle örtlichen und Bezirkskomitees der Kommunistischen Partei zu verhaften, eine Hetzjagd auf die kommunistischen Abgeordneten zu veranstalten, Tausende von kommunistischen Betriebsräten aus den Fabriken hinauszuwerfen, die kommunistischen Zeitungen zu erwürgen, die Arbeiter, die verdächtigt werden, mit dem Kommunismus zu sympathisieren, der Arbeitslosigkeit preiszugeben.

Aber die Sozialdemokratie entwaffnet das Proletariat nicht nur physisch, sondern auch moralisch. Als der ausgesprochene Knecht der mächtigsten kapitalistischen Gruppen unterstützt sie alle Illusionen, die mit dem Plan des amerikanischen Generals Dawes verbunden sind, mit einem Plan, der Deutschland in die Kolonie der anglo-amerikanischen Bankokratie verwandelt, der Millionen Arbeiter Deutschlands zu Sklaven macht.

Die Sozialdemokratie nützt die Uebergangszeit, wo Deutschland noch nicht zu zahlen begann, in schamloser Weise dazu aus, um die Arbeiter Deutschlands an das Rad der siegreichen kapitalistischen Mächte zu fesseln. Die Sozialdemokratie verheimlicht die Zukunft, die unvermeidlich kommen wird. Die Sozialdemokratie verschönert auch die Gegenwart, denn der Dawes-Plan äußert sich schon jetzt in der Massenentlassung von Eisenbahnern, in dem Angriff der Eisenbahndirektion gegen zehntausende deutsche Proletarier.

Die Sozialdemokratie unterstützt und nährt nicht nur die Illusionen, sondern weicht auch nicht vor einem verbrecherischen Vorstoß gegen die internationale proletarische Einheit zurück, selbst dann nicht, wenn es um die Verteidigung der elementarsten Interessen der Arbeiterklasse geht. Die deutsche Sozialdemokratie ist auch hier das wichtigste Hindernis, auch ihre Führer bleiben sogar vor der offenen Verleumdung ehrlicher Gewerkschafter, wie des englischen Genossen Purcell, nicht stehen. (Der „Vorwärts" erklärte seine Rede auf dem Gewerkschaftskongreß in Moskau für gefälscht.)

Die gegenrevolutionären Führer der deutschen Sozialdemokraten gedenken mit solchen Mitteln wie die Verbindung des Weißen Terrors mit der Verbreitung trügerischer Illusionen den Kommunismus in Deutschland zu vernichten.

Vergebliche Hoffnung. Die Bedeutung der Kommunistischen Partei wird nicht nur durch Wahlerfolge bei den Parlamentswahlen bestimmt — besonders unter solchen Umständen, wie sie jetzt die Sozialdemokratie und die Bourgeoisie in Deutschland geschaffen haben. Davon zeugt die Geschichte der bolschewistischen Partei in Rußland. Die Kommunistische Partei Rußlands hat manchmal schlechtere Zeiten erlebt, als ihre Abgeordneten ins Gefängnis geworfen wurden.

Wir zweifeln nicht, daß die Kommunistische Partei Deutschlands alle Kräfte anspannt, damit sie auch bei den bevorstehenden Zuchthauswahlen zum Reichstag siegt. Denkt daran, daß grade in einer so schweren Situation jedes Tausend Stimmen eine viel größere Bedeutung hat, als Hunderttausende von Stimmen unter gewöhnlichen Bedingungen des Wahlkampfes. Aber die Partei wird nicht den Mut verlieren, wenn es der faszistischen Reaktion und den gekauften sozialdemokratischen Führern zusammen gelingen wird, ihr hier und dort Wahlverluste beizufügen. Das letzte Wort des deutschen Proletariats fällt nicht bei den Wahlen.

Die bolschewistische Partei Deutschlands steht unter dem Kreuzfeuer der Feinde. Die sozialdemokratischen Führer verraten in den Augen der ganzen Welt die Sache der Arbeiter. Die Sache der deutschen Arbeiter wird siegen. Alle revolutionären Elemente des internationalen Proletariats stehen auf der Seite der heldenmütigen Kommunistischen Partei Deutschlands, der einzigen Partei des revolutionären deutschen Proletariats.

Es lebe das deutsche Proletariat!

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!

Nieder mit der gegenrevolutionären Sozialdemokratie!

Das ZK. der Kommunistischen Partei Rußlands. J. A.: Stalin

Freispruch im Fürstenwalder Schupo-Prozeß

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 26. November.**

Der Angeklagte Claus wurde direkt freigesprochen. Domke wurde zu der lächerlichen Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl beide Verbrechen überführt sind, für die das Gesetz mindestens fünf Jahre Zuchthaus vorsieht und Kommunisten zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden wären.

87 Jahre Zuchthaus im Freiburger Kommunistenprozeß auf Grund einer haltlosen Anklage, die sich auf Spitzel und Provokateure stützt. Freispruch oder ganz geringfügige Strafe für die von allen Zeugen einwandfreifestgestellten unmenschlichen Arbeitermißhandlungen der Severing-Schergen. Und obendrein noch eine Bierspende der Fürstenwalder Spießer als Dank für die Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung". Der Sozialdemokrat Wolfgang Heine verdient für die gute Verteidigung der beiden Verbrecher wirklich eine besondere Belobung seines Auftraggebers und Parteigenossen Severing.

Sollen wir Kommunisten über die zum Skandal gewordene Justizschande der deutschen Republik jammern und lamentieren? Im Gegenteil! Wir müssen die letzten Ueberreste von Illusionen und Lauheiten abstreifen und mit stählharter Energie auf unsere Art und Weise Schulter an Schulter kämpfen mit den breiten Massen der Ausgebeuteten für den Sieg der Kommunistischen Partei, für die

Befreiung unserer gefangenen Arbeitsbrüder.

Die Sozialdemokraten als Schrittmacher der Klassenjustiz

„Im Anschluß an die Verfügung der preußischen Regierung vom 15. d. M. über die Zuständigkeit der Behörden, weisen wir darauf hin, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden darf. Es ist daher unzulässig, wenn seitens eines Arbeiter- und Soldatenrates, wie es vorgekommen ist, angeordnet wird, daß die Urteile der Gerichte dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Genehmigung vorzulegen sind.

Berlin, den 16. November 1918.

Die Preußische Regierung.

Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann, Dr. Kurt Rosenfeld."

*

„... Zwar hat es in der Welt noch keine Revolution gegeben, wie die des 9. November 1918, die das Richterkorps ganz unberührt gelassen hat. Die große französische Revolution hat sämtliche Richter mit einem Schlage für abgesetzt erklärt und erst die Wählbarkeit der Richter, dann die Ernennung der Richter durch die neuen republikanischen Behörden eingeführt; und selbst die zahme Revolution von 1871 in Frankreich, die den Kommuneaufstand niederwarf, hat für drei Jahre die Unabsetzbarkeit der Richter aufgehoben, um das Bonapartistische Richterkorps mit Republikanern aufzufüllen. Aber die deutsche Revolution hat am 16. November 1918 durch ihren Justizminister Dr. Kurt Rosenfeld verfügen lassen: Die Unabsetzbarkeit, die Unversetzbarkeit, die Unabhängigkeit der Richter wird durch die Revolution erneut gewährleistet. „Ich finde es töricht, ich finde es niederträchtig, wenn die Richter, die das wissen, nachher in die Oeffentlichkeit gehen und behaupten, wir (Sozialdemokraten) wollten die Unabsetzbarkeit und Unabhängigkeit der Richter antasten. Nein, das ist eine gehässige Unterstellung, eine unwahre Verdächtigung und mir scheint beinahe, es müßte eine bewußte Unwahrheit sein."

(Abgeordneter Heilmann, Sozialdemokrat, Preußischer Landtag, 15. Juni 1921.)

*

Der Erlaß der rein sozialdemokratischen Regierung vom 16. November 1918 ist die Basis für die heutigen Klassenurteile. Die SPD., die sich über die Klassenjustiz empört stellt, hat im Jahre 1918 auch nicht einmal den Versuch gemacht, eine Abänderung der Strafgesetzgebung der Gerichte und des Strafvollzuges durchzuführen.

Proletarier! Denkt daran! Wer mit helfen will, seine gefangenen Brüder zu befreien, der stimmt am 7. Dezember für die

kommunistische Liste.

Die hallischen Metallarbeiter für die Amnestie der 7000!

Die Mitgliederversammlung des hallischen DMV. vom 12. November beschloß folgenden Aufruf an alle deutschen Kollegen:

Kollegen! Arbeitsbrüder! 7000 revolutionäre Arbeiter hungern in den Zuchthäusern der deutschen Republik. Auf die Reichstagsabgeordneten der KPD. werden wahre Hetzjagden veranstaltet; auch sie werden in die Gefängnisse gesteckt, um zu verhindern, daß sie zu ihren Wählern sprechen können.

Durch diese schamlosen Maßnahmen der deutschen Klassenjustiz soll die revolutionäre Bewegung vernichtet werden, sollen die deutschen Arbeiter billige Arbeitssklaven für die deutschen und ausländischen Kapitalisten werden.

Nur so soll der Dawes-Plan durchgeführt werden. Die hallischen Mitglieder des DMV. senden allen politischen Gefangenen ihre brüderlichen Grüße. Sie verlangen von der Regierung ihre sofortige Freilassung.

Kollegen im ganzen Reich! Unterstützt unsere Forderung: Heraus mit den politischen Gefangenen! Unterstützung der „Roten Hilfe"!

Reichsbannerbestien

Husemann unter Polizeischutz

(Eig. Drahtm.) **Leichlingen, 26. November.**

In einer SPD.-Versammlung sprach Husemann. Für die Diskussion waren 15 Minuten Redezeit bewilligt. Als ein kommunistischer Redner die SPD. wegen ihrer Haltung zum Londoner Pakt scharf angriff, unterbrach ihn der Vorsitzende vor Ablauf der Redezeit. Der Redner protestierte und wollte weitersprechen.

Darauf sprang ein Reichsbannerführer dem Redner an die Kehle und würgte ihn. Als er ihn abwehrte, schlug ihn der Vorsitzende mit einer schweren Glocke derart auf den Kopf, daß er eine 6 Zentimeter klaffende Wunde davontrug. Der Versammlung bemächtigte sich eine ungeheure Empörung. Landjäger verhinderten Zusammenstöße zwischen den Arbeitern und dem sehr schwach vertretenen Reichsbanner.

Die Arbeiter ließen ein Schutzwort Husemanns nicht mehr zu. Die Versammlung mußte abgebrochen werden und Husemann wurde unter dem Schutz von Landjägern fortbegleitet.

Ein neuer Kommunistenprozeß mit Reichswehrangeklagten

(Eig. Drahtm.) **Leipzig, 26. November.**

Gestern begann vor dem Staatsgerichtshof ein neuer Hochverratsprozeß gegen drei Kommunisten aus Luckenwalde und drei Reichswehrgefreite aus Jüterbog. Die drei letzteren waren beschuldigt, im Oktober vorigen Jahres an die KPD. herangetreten zu sein zwecks Waffen- und Munitionsverkauf.

Verschiedentlich schon sind Reichswehrsoldaten als Angeklagte in Kommunistenprozessen erschienen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Zersetzung dieser Formationen, die als reaktionäre Garde gedacht waren, begonnen hat. Einige proletarische Elemente der Reichswehr fühlen sich an die Seite der Arbeiter gedrängt.

Zum Teufel mit den Hungerschiedssprüchen

Bergarbeiter, wollt Ihr verrecken?

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 26. November.**

Bei den Lohnverhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, die nach sechswöchentlicher Verschleppung in Berlin vor dem Reichsarbeitsministerium stattfanden, wurde den Bergarbeitern eine „Lohnerhöhung" für das Kernrevier in Höhe von 21 Pfennig pro Schicht, für einen Teil der Randreviere in Höhe von 3 bis 8 Pfennig pro Schicht und für den anderen Teil eine „Lohnkürzung" von 3,6 auf 3,5 pro Schicht angeboten.

(Eig. Drahtb.) **Essen, 26. November.**

Bei den unter Vorsitz Mehlichs stattgefundenen Lohnverhandlungen wurde keine Einigung erzielt. Vom Zechenverband wurde dem Schlichter eine Entschließung übergeben, worin die Ablehnung jeglicher Lohnerhöhung mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit der Erhöhung der Kohlenpreise und die Gefahr, weitere Einschränkungen des jetzigen Absatzgebietes begründet wird. Das eingesetzte Schiedsgericht fällte folgenden Schiedsspruch: Der Tarifschichtlohn der Reparaturhauer vom 1. Dezember wird von 5,60 auf 6,10 Mk. erhöht. Die übrigen Löhne verändern sich entsprechend. Das bedeutet eine Heraufsetzung der Löhne um 8,9 Prozent. Die Verbände werden dazu noch Stellung nehmen.

*

Wir werden auf diese Meldungen, die kurz vor Redaktionsschluß eingingen, noch zurückkommen.

Die Arbeiter der Halberstädter Würstchenfabrik Heine & Co. im Streik

(Eig. Drahtm.) **Magdeburg, 24. November.**

Die weltberühmten Halberstädter Würstchen werden unter Lohnbedingungen hergestellt, die in der Fleischwarenindustrie einzig dastehen. Die Firma Heine gab sich aber auch mit diesen erbärmlichen Lohnverhältnissen nicht zufrieden, sondern versuchte, durch Kündigung des Tarifvertrags weitere bedeutende Verschlechterungen für die Arbeiterschaft herbeizuführen. Die Arbeiter forderten demgegenüber Verlängerung des bestehenden Tarifvertrages und einen Spitzenlohn von 70 Pfennig pro Stunde. Die Verhandlungen scheiterten. Der Schiedsspruch, der einen Stundenlohn von nur 58 Pfennig vorsieht, wurde von den Arbeitern einstimmig abgelehnt. Auf weitere Verhandlungen ließ sich die Firma nicht ein, worauf am 22. November das Personal in den Streik trat. Der Regierungspräsident drohte daraufhin, die Technische Nothilfe einzusetzen.

Riesige Wahlversammlung der KPD. in Berlin

(Eig Drahtb.) **Berlin, 25. November.**

Am Montagabend fand in der „Neuen Welt", auf der Hasenheide, eine große Kundgebung der KPD. statt, die von 7000 Personen besucht war. Es mußten Parallelversammlungen stattfinden. Sozialdemokrat Richter hatte ein kollassales Polizeiaufgebot dorthin konzentriert und in der Versammlung selbst waren viele Kriminalbeamte. Genosse Pieck referierte über „Vier Jahre Schandsystem Severing". Seine Ausführungen fanden große Zustimmung. In der Diskussion sprachen mehrere parteilose Arbeiter, die aufforderten, die Wahlmüden heranzuholen, um am 7. Dezember der KPD. die Stimme zu geben. Nach Schluß der Versammlung zogen große Demonstrationen unter revolutionärem Massengesang in die Bezirke zurück. Trotz rücksichtslosen Eingreifens der Schupo bildeten sich die Züge immer wieder.

*

Die Kraft und Kampfstimmung der Proleten bleibt auch in Berlin trotz allem Terror und trotz aller Maßregelungen ungebrochen. Das beweist nicht nur diese Meldung, sondern alle Berichte, die wir in letzter Zeit aus Berlin erhalten.

Erste Sitzung des Anhalter Landtags

(Eig. Drahtm.) **Dessau, 26. November.**

Der neue Landtag ist am Dienstag zur ersten Sitzung zusammengetreten. Als Präsident wurde der Sozialdemokrat Peus mit 18 gegen 15 Stimmen gewählt, zum 1. Vizepräsidenten ein Deutschnationaler Heine mit 19 gegen 13 Stimmen, zum 2. Vizepräsidenten ein Volksparteiler. Die Deutschnationale Volkspartei und die Wirtschaftspartei haben eine Arbeitsgemeinschaft beschlossen.

Polizeiüberfall auf kommunistische Wähler

(Eig. Drahtm.) **Ludwigshafen, 26. November.**

Die Teilnehmer einer kommunistischen Wahlversammlung wurden auf dem Nachhausewege von Polizeiaufgeboten unter brutalster Anwendung der Waffen überfallen. Es gab mehrere Verletzte.

Demonstration der Kommunistischen Jugend in Chemnitz

Hier veranstaltete die Kommunistische Jugend eine Gedenkfeier anläßlich des 5jährigen Bestehens der Jugendinternationale. Die Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen bildeten einen Demonstrationszug durch die Stadt. Die Polizei hatte keine Gelegenheit, einzugreifen.

Kleine Nachrichten

Das beschlagnahmte deutschnationale Wahlplakat freigegeben. Der Oberreichsanwalt hat das von der Berliner Polizei beschlagnahmte deutschnationale Plakat wieder freigegeben.

General v. Rathusius wurde begnadigt.

Buchdruckereigeneralstreik in der Slowakei. Nach Preßburg sind auch die Buchdrucker aller größeren Städte der Slowakei in den Ausstand getreten.

Eisenbahnunglück in Saalburg. Die Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. teilt mit: Gestern, 24. November, nachmittags 6.10 Uhr, ist auf dem Bahnhof Saalburg von dem Personenzug 20/21 Frankfurt a. M.—Ulfingen ein Personenwagen entgleist und umgefallen. Dabei wurde ein Reisender schwer, etwa 15 leichter verletzt. Ein Hilfszug ist von Frankfurt sofort nach der Unfallstelle abgegangen. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht aufgeklärt.

Der Terror in Rumänien. Die rumänische Regierung wird mit Rücksicht auf die verstärkte kommunistische Propaganda das Preßgesetz verschärfen, Kriegsgerichte gegen Kommunisten errichten und alle revolutionären Organisationen auflösen.

In Riga fand ein großer Kommunistenprozeß statt. 17 Genossen sind angeklagt „Daten über die Streitkräfte Lettlands für Sowjet-Rußland verschafft zu haben." Ein Genosse wurde zu fünf Jahren, vier weitere, darunter auch eine Genossin, zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die übrigen erhielten zwei bis drei Jahre Festung.

Unaufhaltsamer Rückzug in Marokko. General Primo erklärte, die Truppen von Tetuan, die gegenwärtig zwischen Soko und Arba ständen, würden ihre Rückzugsbewegung fortsetzen.

Werbt für den „Jung-Spartakus-Bund" in der Werbe-Woche vom 24.—29. November

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0007

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr 14 Fernruf 1473 – Postscheckkonto Leipzig 107001 Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Distrikt 7. Freitag, 27. Nov., ½8 Uhr, in der „Terrasse": **Distriktsversammlung.** Mitgliedsbücher mitbringen.
Distrikt 13a. Mittwoch, 26. Nov., abds. 8 Uhr, „Turnerschlößchen": **Frauenversamml.**

Mansfelder Gebirgskreis

Hettstedt. Oeffentl. Wählerversl. Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, „Hohenzollernpark".
Leimbach. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., nachm. 3 Uhr, Tittel.
Großörner. Oeffentl. Wählerversl. Sonntag, 30. Nov., nachm. 3 Uhr, „Zur Linde".

Mansfelder Seekreis

Wimmelburg. Oeffentl. Wählerversamml. Sonntag, 30. Nov., 8 Uhr, Hünneburg.
Helfta. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Trebstein.
Gerbstedt. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, nachm. 2 Uhr, „Goldener Ring".
Polleben. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, abends 8 Uhr, Gasthof.
Heiligenthal. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, nachm. 2 Uhr, Richter.
Langenbogen. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, nachm. 3 Uhr, Markraf.
Ahlsdorf. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, nachm. 3 Uhr, „Stadt Hamburg".
Ziegelrode. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, abends 8 Uhr, Gasthof.
Eisleben. Oeffentl. Frauenwahlversammlung Sonntag, nachm. 3 Uhr, „Volkshaus".

Kreis Sangerhausen

Hohlstedt. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Questenberg. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Roßla. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Dietersdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, nachm. 3 Uhr, Gasthof.
Breitungen. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, abends 8 Uhr, Gasthof.
Riestedt. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, nachm. 3 Uhr, „Brunnenschlößchen".
Kelbra. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. November, 8 Uhr, Gasthof.
Tilleda. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Ustrungen. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Gasthof.
Berga. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, abends 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Merseburg

Schafstedt. Oeffentl. Wählerversl. Mittwoch, 26 Nov., 8 Uhr, „Prinz von Preußen".
Schkeuditz. Oeffentl. Wählerversamml. Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, Bahnhofsrestaurant.
Zöschen. Oeffentl. Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, „Zum Stern".
Meuschau. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Thesau. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Kreibau. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29 Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Querfurt. Oeffentl. Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, „Zur Sonne".
Ledersleben. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Greipau. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Braunsdorf-Bedra. Oeffentl. Wählerversammlung Sonnabend, 8 Uhr, B. Dörge.
Zöschen. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, „Zum Stern".
Groß-Gärschen. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, nachm. 3 Uhr, Gasthof.
Möderling. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei Ohler.
Rettmannsdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, 3 Uhr, Hauenstein.
Ermlitz. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, abends 8 Uhr, Gasthof.
Raßnitz. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, 3 Uhr, bei Sperling.
Wehlitz. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, abends 8 Uhr, bei Thieme.
St. Micheln. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, abends 7 Uhr, Gasthof.
Kötzschen-Beuna. Wichtige Mitgliederversammlung Sonntag, abends ½8 Uhr, Lindner.

Kreis Delitzsch

Eilenburg. Oeffentl. Wählerversammlung Mittwoch, 26. Nov., 8 Uhr, „Schützenhaus".
Glesien. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 26. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Zschortau. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29 Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Crostitz. Oeffentl. Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., Gasthof Haberland.
Kreisel. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Hanno. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., nachm. 3 Uhr, Gasthof.
Glesien. Werbeabend Sonntag, 30. November abends 8 Uhr, Gasthof.
Zschölkau. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 26. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Sprotta. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 27. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Doberschütz. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Hohenprießnitz. Oeffentl. Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Badrina-Scholitz. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, nachm. 3 Uhr, Krüger.
Tiefensee. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Gasthof.
Zschölitz. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, nachm. 3 Uhr, Gasthof.
Delitzsch. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, „Lindenhof".
Radefeld. Mitgliederversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof „Freiroda".
Zschepen. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Bitterfeld

Brehna. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 26. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Düben. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 26 November, 8 Uhr, Gasthof.
Sporen. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 26. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Löbnitz. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 26 Nov., 8 Uhr, Gasthof.
[illegible]. Oeffentl. Wählerversl. Donnerstag, 27. Nov., 8 Uhr, Koloniegasthof.
[illegible]. Oeffentl. Frauenwählerversl. Donnerstag, 27 Nov., 8 Uhr, Bürgergarten.
[illegible]. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 27. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Zörbig. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 26 Nov. 8 Uhr, Gasthof.
Zschernddorf. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag 28 Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Gossa. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29 Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Goltewitz. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 26 Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Löberitz. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Zscheplau. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., nachm. 4 Uhr, Gasthof.
Wadendorf. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30 Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.
Rödgen. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.
Gremin. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., nachm. 4 Uhr, Gasthof.
Muldenstein. Oeffentl. Wählerversamml. Sonntag, 30. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Weißenfels

Tagewerben. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, bei Schick.
Leißling. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, „Heineburg".
Selau, Borau, Cleben. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. November, abends 8 Uhr, in Selau, „Bergschlößchen"
Oberkreislau. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Goseck. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, bei Koch.
Teuchern. Oeffentl. Wählerversl. Sonntag, 30. Nov., abends 8 Uhr, „Grüner Baum".

Kreis Zeitz

Zeitz. Mitgliederversammlung Mittwoch, 26. Nov., 8 Uhr, „Schuhmacherherberge".
Crossen. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr in Salbitz.
Zangenberg. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Zeitz. Oeffentl. Wählerversamml. Sonntag, 30. Nov., vorm. 11 Uhr, „Preuß. Hof".
Haynsburg. Oeffentl. Wählerversamml. Sonntag, 30. Nov., nachm. 3½ Uhr, Reichard.
Grana. Oeffentl. Wählerversamml. Sonntag, 30. Nov., nachm. 3 Uhr, Hauschild.
Meineweh. Oeffentl. Wählerversamml. Sonntag, 30. Nov., nachm. 3 Uhr, Landmann.
Görnitz. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., nachm. 2½ Uhr, Gasthof.

Kreis Wittenberg

Schmilkendorf. Oeffentl. Wählerversammlung Donnerstag, 27. Nov. 8 Uhr, Lobisch.
Dabrun. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 27. Nov., 8 Uhr, Werner.
Mochau. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 27. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Piesteritz. Oeffentl. Frauenwahlversamml. Freitag 28 Nov., 8 Uhr „Schützenhaus".
Wittenberg. Oeffentl. Frauenwahlversl. Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Freudenberg.
Eutsch. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Patschwig. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29 Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Radith-Lammsdorf. Oeffentl. Wählerversl. Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Bülzig. Oeffentl. Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov 8 Uhr, Gasthof.
Braunsdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Rudersdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Hertzberg. Oeffentl. Wählerversammlung Sonnabend 29 Nov 8 Uhr, „Siegeskranz".
Dahlenberg. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., nachm. 3 Uhr, Gasthof.
Kleinkorgau. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag 30. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Liebenwerda

Brösen. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 26. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Beiersdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 26. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Kraupa. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 26. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Winkel. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 26. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Kleinleipisch. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 27. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Liebenwerda. Oeffentl. Wählerversammlung Donnerstag 27 Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Debro. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 27 Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Stolzenhain. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 27. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Würdenhain. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 27. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Elsterwerda. Oeffentl. Wählerversl. Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, „Gesellschaftshaus".
Beutersitz. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28 Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Gröden. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. November, 8 Uhr, Gasthof.
Biehla. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. November, 8 Uhr, Gasthof.
Falkenberg. Oeffentl. Wählerversl. Sonnabend, 29 Nov., 8 Uhr, „Gesellschaftshaus".
Hohenleipisch. Oeffentliche Wählerversamml. Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Brottewitz. Oeffentl. Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Marxdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Wiederau. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Koßdorf. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., nachm. 3 Uhr, Gasthof.
Stehla. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag 30. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.
Gorden. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.
Langenrieth. Oeffentl. Wählerversamml. Sonntag, 30. Nov., nachm 3 Uhr, Gasthof.
Kötlitz. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.
Kölsa. Oeffentl. Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.
Lausitz. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, 30. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Naumburg

Lassa. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 26. November, 8 Uhr, Gasthof.
Zeisdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 27. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Naumburg. Oeffentliche Frauenwahlversammlung Donnerstag, 8 Uhr, „Zur Post".
Gr. Wangen. Oeffentliche Wählerversammlung Freitag, 28. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Memleben. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Bad Bibra. Oeffentl. Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Ratskeller.
Billroda. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Gasthof.
Wiehe. Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, Schützenhaus.
Altenburg. Oeffentl. Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, „Zur Linde".
Bad Kösen. Oeffentl. Wählerversammlung Sonnabend, 29. Nov., 8 Uhr, „Zur Post".
Nebra. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Schützenhaus.
Langenroda. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, nachm. ¼4 Uhr, Gasthof.
Bernsdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Sonntag, 3 Uhr, Gemeindegasthof.

Donnerstag Freitag Sonnabend

3 billige Kurzwarentage

Miederband schwarz u. weiß 4 cm breit . . . . . Meter	12	Pf.
Wäscheknöpfe Dutzend 10 Pf., 8 Pf., 7 Pf.	6	Pf.
Schuhsenkel, Mako 120 cm 7 Pf., 100 cm 6 Pf., 80 cm Paar	4	Pf.
Maschinengarn 3fach . . . 200 Meter-Rolle	13	Pf.
Damenstrumpfhalter verschiedene Farben . . Paar	36	Pf.
Wolle gute Qualität schwarz und grau, ⅕ Pfund 1,10	95	Pf.
Metermaße Stück	9	Pf.
Strumpfstopfer Stück	10	Pf.
Sicherheitsnadeln 1 Dutzend sortiert . . Mappe	6	Pf.
Lockennadeln Pack	2	Pf.
Sockenhalter Paar 48,	30	Pf.
Stopftwist in allen Farben . . . Knäuel	6	Pf.

NUSSBAUM

Ullstein Schnittmuster

Das führende Kauf- und Warenhaus
Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 60/61

3569

Sie brauchen kein Geld!

Sie erhalten

Möbel

ohne

1 Pfennig Anzahlung

Bettstellen,
Matratzen,
Kleiderschränke,
Küchenschränke,
Anrichten, Tische,
Stühle, Vertikos,
Spiegel, Sofas,
Ruh-Chaiselongues,
Schreibtische,
Steppdecken usw.

Strengste Diskretion zugesichert!

Offerte bitte zu richten an die Expedition des „Klassenkampf" Lerchenfeldstraße 14 unt. 3570

Werbt für d. Klassenkampf

VORTRAGS- UND KUNSTABENDE
veranstaltet vom Verlag „DAS WORT"

Zweite Veranstaltung

Heute, Mittwoch, 26. Nov., abends 7½ Uhr, im kleinen Thaliasaal, Geiststraße 42a:

DIE ZUKUNFT VON SCHULE UND LEHRERSCHAFT

Drei Vorträge

1. PROF. MESCHINSKI (MOSKAU):
   Das Schulwesen im neuen Rußland
2. STUDIENRAT DR. FRITZ AUSLÄNDER (BERLIN):
   Schule und Lehrer in Deutschland
3. LANDTAGSABG. KILIAN (HALLE):
   Schule, Lehrer und Preußischer Landtag

Eingeladen sind die gesamte Lehrerschaft, die Mitglieder der städtischen Körperschaften, die Mitglieder der Elternbeiräte und sonstige Interessenten.

Stadt-Theater
Mittwoch, 7½ Uhr
Der Zigeunerbaron
Donnerstag, 7½ U
Euryanthe
Freitag [illegible]3571
Barbier v. Bagdad

Pelzkragen
Preiswerte Fuchsziegen
E. Solfrian
Böllbergerw g 7 3[illegible]8

3 gutgehende Frettchen verkauft billigst Franz Rosenberg Döllnitz, 3 Kreßschau

ZOO ZOO
Donnerstag, 27. Nov., abds. 8 Uhr
2. Gesellschaftskonzert
(R.-Wagner-Abend) *863
des Wittekind-Orchesters
Leitung **Benno Plätz**
Eintritt 50 Pf. Abonnenten frei

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Alle Werbebezirks- sowie Abteilungsführer haben für Sonntag den zweiten Propaganda-Ausmarsch zu organisieren.

Abteilung 15. Mittwoch, abends 8 Uhr, in der „Schützei", Kl. Ulrichstraße: **Abteilungsversammlung.** Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht. Neuanmeldungen werden dort entgegengenommen

Werbebezirk Nord. Donnerstag, 27. Nov., abends 8 Uhr, **Werbebezirksversammlung.** Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Abteilung 7. Donnerstag, abends 8 Uhr „Produktiv.": **Abteilungsversammlung.**

Werbebezirk West. Freitag 8 Uhr „Produktiv.", **Mitgliederpflichtversammlung.**

Mützen zum Preise von 2,50 Mk können beim Kamerad Sachse, Am Wasserturm 2, Roßplatz, empfangen werden.

Halle-Saalkreis

Diemitz. Mittwoch, 26. Nov., abends 8 Uhr. **Pflichtversammlung; Gruppenführer** ¼ Stunde vorher.
Ammendorf. Mittwoch 26. Nov., 8 Uhr, „Burgschlößchen": **Mitgliederversammlung.**
Döllnitz. Mittwoch, 26 Nov., abends 7½ Uhr, im „Palmbaum": **Außerordentliche Mitgliederversammlung.** Eine halbe Stunde vorher: **Funktionärbesprechung.**

Kreis Merseburg

Dürrenberg. Donnerstag, 27. Nov., ½8 Uhr, in der „Sonne": **Mitgliederversamml.**

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Mittwoch, 26. November, abends 7 Uhr, „Bürgergarten": **Sammeln.** Jeder Kamerad ist verpflichtet zu erscheinen. — Freitag, 28. November, abends 7 Uhr, **Vorstandssitzung;** 8 Uhr, **Mitgliederversammlung.** Die Gruppenführer werden für volles Erscheinen ihrer Gruppe verantwortlich gemacht.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, 27. Nov., abends 8 Uhr, „Lindenhof": **Pflichtversammlung.**

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, 26. November, abends 8 Uhr, **Versammlung Abteilung 3.**
Langendorf. Mittwoch, 26. Nov., bei Lorbeer: **Mitgliederversammlung.**
Weißenfels. Freitag, 28. Nov., abends 8 Uhr, **Versammlung der Abteilung 1.**
Weißenfels. Heute, Mittwoch, abends ½8 Uhr **Jungsturmsammeln auf den Abteilungsplätzen.** Erscheinen ist Pflicht.

Kreisvorstand RFB.

Ein Versuch lohnt!

3567 Probieren Sie meine

Pa. Hamburger 6 Pf.-Keule

Bei Abnahme von 100 Stück 5,— Mark

Fritz Hamann

Zigarrengeschäft

Schützenstraße 25 Ecke Glauchaer Str.

Pelze!

Umarbeitungen u. Reparaturen von Damen- und Herrenpelzen preiswert und sorgfältig.
367
Alle Felle werden gegerbt u. gefärbt, getrag. Pelzsachen um- u. aufgefärbt

E. Solfrian
Böllbergerweg 7.

3 führende Zeitungen

erscheinen im Verlag der Produktiv-Genossenschaft

Klassenkampf

Größte und weitverbreitetste politische Tageszeitung in Mitteldeutschland u. Westsachsen mit 9 verschiedenen Beilagen, monatlich **2,60 Mk.**

DAS WORT

Blätter für Wirtschaft, Politik, Kultur, Kunst erscheint jeden Montag, Mittwoch, und Freitag und kostet monatlich nur . . . **1,00 Mk.**

Mitteldeutsches Echo

Tageszeitung für die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land. Die informierende und billigste Zeitung, monatlich nur **1,20 Mk.**

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Wählt und lest nur diese Zeitungen!

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Zeitungsträger, wie der Verlag und dessen auswärtigen Filialen entgegen.

Bekanntmachung

Bei der Aufwertung von Sparguthaben werden nach § 7 der 3. Steuernotverordnung nur diejenigen Guthaben in früherer Reichswährung berücksichtigt, die bis zum 31. Dezember 1924 angemeldet worden sind. Von unserer Sparkundschaft werden Anmeldungen unter Vorlegung der Sparbücher bis zum 31. Dezember 1924 in den Geschäftsstellen der städtischen Sparkasse Rathausstraße 5, Große Brunnenstraße 3a und Landwehrstraße 25 — am Riebeckplatz —) während der Verkehrszeit, werktäglich vormittags von 8 bis 12½ Uhr und außer Mittwoch und Sonnabend auch nachmittags von 3 bis 5 Uhr, mündlich entgegengenommen. Für die Entgegennahme der Anmeldungen ist die Stelle zuständig, die das Sparbuch ausgefertigt hat (Hauptstelle, Zweigstellen Nord oder Süd).

Die Anmeldungen sind auch schriftlich zulässig; eine besondere Form hierfür ist nicht vorgesehen, jedoch ist die Nummer des Sparbuches anzugeben, dagegen bedarf es der Einsendung des Sparbuches nicht. Zur Vermeidung großen Andranges empfehlen wir, von der schriftlichen Anmeldung möglichst Gebrauch zu machen. Vordrucke für schriftliche Anmeldungen werden von den Sparkassen-Geschäftsstellen abgegeben.

Bei der Anmeldung ist anzugeben, ob es sich um ein bevorrechtigtes Guthaben nach § 7, Abs. 3, Ziffer 1 der 3. Steuernotverordnung handelt. Bevorrechtigt sind Guthaben, für die ein gesetzlicher Zwang zur mündelsicheren Anlage bestand. Dem gesetzlichen Zwange steht der Zwang durch die Vorschriften einer Satzung, Stiftung oder sonstigen Verfassung einer inländischen Personenvereinigung, Körperschaft oder Vermögensmasse gleich, sofern sie ausschließlich gemeinnützigen, mildtätigen, ethischen oder religiösen Zwecken dienen.

Ueber die Anmeldungen wird die Sparkasse eine Bescheinigung erteilen.

Halle, den 21. November 1924.

3568 **Der Vorstand der Sparkasse der Stadt Halle.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0008
DFG

Halle und Saalkreis

Auch Halle hat seinen Polizeiskandal

Die Wucherpolizei des Sozialdemokraten Runge als Preistreiber

Es klingt fast unglaublich, und doch ist es wahr. Erscheint da heute morgen ein Geschäftsmann mit dem „Klassenkampf" und dem „Mitteldeutschen Echo" in der Hand auf unserer Redaktion und erzählt, daß die in beiden Blättern erschienenen Wurst- und Fleischpreistabellen (welche von der städtischen Preisprüfungsstelle uns zugestellt sind) für sie als Hausschlächter nicht maßgebend sein könnten. Er verlangt von uns eine Berichtigung. Er erklärte, daß ihr Verein der hallischen Lebens- und Nahrungsmittelhändler am Sonntag, dem 23. November eine Versammlung im „Mars la Tour" gehabt hätten, in welcher ihr Vorsitzender erklärt hätte, **er, der Vorsitzende, sei zur Wucherpolizei bestellt worden und da habe ihm der Kommissar Lorenz im Gegensatz zur Preisprüfungsstelle zugestanden, daß die Hausschlächter 20 bis 30 Pf. für das Pfund Wurst mehr nehmen könnten, als die Fleischer. Alle Hausschlächter wurden aufgefordert, sich nicht an die Anweisungen der Beamten der Preisprüfungsstelle zu kehren, sondern sie sollten alle die höheren Preise nehmen, wieso ihnen vom Vorsitzenden rechtzeitig mitgeteilt werden, und wie diese mit der Wucherpolizei vereinbart seien.**

Weiter sei mitgeteilt worden, daß auch der Forderung der Preisprüfungsstelle, Preistafeln anzuschaffen, kein Kollege nachzukommen brauche, es genüge vollständig, wenn die Wurst- und Fleischwaren mit kleinen Preisschildern versehen werden. Die Preisprüfungsstelle habe etwas angeordnet, was noch gar nicht geklärt sei und wozu sie keine Berechtigung habe.

Hiergegen sei bereits Beschwerde gegen die Preisprüfungsstelle beim Oberpräsidenten Hörsing in Magdeburg vom Verein eingelegt.

Die ganze Sache schiene von einer einzelnen Person in der Preisprüfungsstelle auszugehen, wogegen Verwahrung eingelegt werden müsse.

Der Name wurde uns genannt und wir setzten uns zwecks Information sofort mit der betreffenden Stelle in Verbindung. Hierzu wurde uns mitgeteilt,

daß die veröffentlichten Wurst- und Fleischpreise unter Hinzuziehung eines gerichtlich vereidigten Sachverständigen geprüft und als richtig anerkannt seien, die auch für Hausschlächter Geltung hätten.

Auf unsere Frage, welche Berechtigung die Wucherpolizei bei den Preisfestsetzungen hätte, wurde erklärt, daß diese nicht den geringsten Einfluß hierbei habe und die Vereinbarung ein unverständlicher Eingriff bedeute. Auf unsere weiteren Fragen, was hiergegen geschehen werde, erhielten wir die Antwort: daß alle Hausschlächter, welche den Kaufern höhere Preise abnehmen oder abgenommen haben, als die veröffentlichte Tabelle vorsieht, unnachsichtlich zur Anzeige gebracht würden.

Wir haben nicht den geringsten Grund, an den uns gegebenen Informationen zu zweifeln.

Damit ist aber auch gleichzeitig klipp und klar bewiesen, daß die hallische Wucherpolizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Runge sich eine geradezu unerhörte Preistreiberei hat zuschulden kommen lassen.

*

Also auch in Halle das System Bartels. Dort der Berliner sozialdemokratische Polizeipräsident Richter im Verein mit Severing — hier die wucherische Wucherpolizei mit dem sozialdemokratischen Oberhaupt Runge. Ueberall stinkt der Korruptionssumpf zum Himmel. Versprechungen über Versprechungen hageln auf das Proletariat nieder, das am 7. Dezember zur Wahlurne gehen soll. Und was wird gehalten?

Daß die Bourgeoisie die notwendigsten Lebensmittel dem Proletariat entzieht und verteuert — und das alles bei einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, dem die Wucherpolizei untersteht.

Wer es nun wagen wollte, dies System als Schiebersystem zu bezeichnen, würde mit dem Republikschutzgesetz in Konflikt kommen. Was dieses System aber bedeutet, können sich die hallischen Proleten selbst ausmalen, die ihren Runge vom 11. Mai und 12. Oktober kennen.

*

Was wird das liebe „Volksblatt" dazu sagen? Es hat ja auch für Bartels und Schoenwaldt, für Schäfer und all die andern Lumpe seiner Partei keine Worte. Es wird diese Tatsachen mit wütenden Angriff n gegen die Kommunisten beantworten. Das soll es ruhig tun. Der Arbeiter weiß, was er davon zu halten hat und stellt sich auf die Seite der

Kommunistischen Partei.

Neuregelung der Vergebung von 1—2räumigen Wohnungen.

Die seit geraumer Zeit hervorgetretenen Schwierigkeiten in der Bewirtschaftung von Kleinstwohnungen veranlassen das städtische Wohungsamt, bei Vergebung derartiger Wohnungen gewisse Erleichterungen versuchsweise eintreten zu lassen. Wie aus einer im Anzeigenteil veröffentlichten Bekanntmachung des Magistrats hervorgeht, sollen in Zukunft Wohnungsuchende, denen das Wohnungsamt (Zuweisungskommission) eine besondere (blaue) Ausweiskarte ausgestellt hat, berechtigt sein, freigewordene Wohnungen von 1—2 Räumen (einschl. Küche und Nebenräumen) freihändig anzumieten. Diese Berechtigungskarten werden in beschränkter Zahl nur an Minderbemittelte nach genauer Prüfung ihrer Wohnungsbedürftigkeit und der verbrachten Wartezeit von Amtswegen ausgestellt. Weitere blaue Karten werden nur im Verhältnis zu den Abgängen an die bereits geprüften Wohnungsuchenden abgegeben. Anträge auf Ausstellung von blauen Karten sind daher zwecklos. Der Hauseigentümer hat wie bisher die Pflicht, auch 1—2räumige, freigewordene Wohnungen anzumelden, er ist aber berechtigt, innerhalb 8 Tagen nach Freiwerden derartiger Wohnungen mit dem Inhaber einer blauen Karte einen Mietvertrag abzuschließen und diesen dem Wohnungsamt zur Genehmigung vorzulegen. Erst nach Genehmigung des Mietvertrages durch das Wohnungsamt darf die Wohnung bezogen werden. Ohne schriftliche Genehmigung bezogene Wohnungen werden unnachsichtlich ohne Stellung von Ersatzraum zwangsweise geräumt. Wird der Mietvertrag nicht binnen 8 Tagen dem Wohnungsamt vorgelegt, so erlischt das Auswahlrecht des Vermieters und die Wohnung wird vom Wohnungsamt vergeben. Für Beamtenwohnungen gelten die besonderen Ministerialvorschriften.

Die in zahlreichen rheinisch-westfälischen Gemeinden gesammelten Erfahrungen lassen erhoffen, daß bei dem neuen Verfahren eine größere Zufriedenheit in Mieter- und Vermieterkreisen erreicht wird. Den Minderbemittelten, die sich nicht wie die Besserstituierten auf den Umweg über §4 Abs. 3 Wohnungsmangelgesetzes Leerraum außer der Reihe verschaffen konnten, wird es nunmehr im Rahmen der verfügbaren Wohngelegenheiten ermöglicht, sich wenigstens 1—2 Räume zur Linderung der größten Not freihändig anmieten zu können, der Hauseigentümer aber hat wieder ein, wenn auch nur beschränktes Auswahlrecht. Die Beibehaltung des neuen Verfahrens wird davon abhängen, daß Wohnungsuchende und Vermieter die gegebenen Vorschriften genau innehalten. Insbesondere werden etwaige Versuche von Hauseigentümern, die Wohnungsuchenden bezüglich des Mietpreises zu übervorteilen, die sofortige Entziehung des Auswahlrechts zur Folge haben. **Bewährt sich dagegen das neue Verfahren, so ist eine Ausdehnung auf Wohnungen von mehr als 2 Räumen nicht ausgeschlossen.**

*

Das hallische Wohnungsamt hat für die Bourgeoisie seinen Wahlspeck gut gebraten. Unter der sozial anmutenden Marke, daß die mysteriösen „blauen Karten" nur an „minderbemittelte" Einwohner abgegeben werden, wird der letzte Rest der Wohnungszwangswirtschaft weggefegt. Gerade der letzte Satz dieser denkwürdigen Denkschrift beweist, wo das Wohnungsamt hinauswill:

Bewährt sich dagegen das neue Verfahren, so ist eine Ausdehnung auf Wohnungen von mehr als zwei Räume nicht ausgeschlossen.

Denn das System wird sich schon bewähren — zwar nicht für die Minderbemittelten, deren Wohl hier vorgeschoben wird, sondern für die Hausbesitzer, die in Zukunft mit ihren Wohnungen machen werden, was sie wollen.

Der Begriff minderbemittelt ist auch zu verschieden. Für Herrn Reinhold Wulle, den völkischen Helden, sind Fabrikmädchen, die für ein paar Pfennige am Tage schuften müssen, nicht „minderbemittelt". Aber für ihn und für seine Dawes-Jasager bei den Deutschnationalen sind die fettgefressenen Agrarier notleidend, und die Herren Generaldirektoren der Mansfelder A.-G., Heinold und Schleifenbaum, die man nicht mit verhungerteren arbeitslosen Proleten verwechselt, meinen, daß die Witwe Herzfeld ebenfals minderbemittelt sei; sie habe soviel Geld in den Betrieb gesteckt.

Es wird also niemand wundern dürfen, wenn solche Sorte „Minderbemittelter" sehr bald in den Besitz von Wohnungen kommt, während die Proleten, die viele Kinder haben und vielleicht sogar noch als kommunistisch den Hauswirten anrüchig erscheinen, weiter auf der Straße sitzen oder in den elendesten Buden zusammen gepfercht hocken müssen.

Das Wohnungsamt glaubt, bei dieser Gelegenheit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen zu haben: einmal soll vor dem 7. Dezember schnell so getan werden, als ob man den Proleten ein Geschenk in den Schoß wirft. Auf der anderen Seite winkert man zu den Hausbesitzern hinüber, die mit verständnisinnigem Lächeln die Situation begreifen: ihnen blüht der Profit aus dem Geschäft, und außerdem ist das ihnen so verhaßte Prinzip der Zwangswirtschaft endlich durchbrochen.

Das ist ein Vorspiel von dem, was nach der Wahl dem Proletariat blühen wird. Mit dem Geschrei „Volksgemeinschaft" werden die Proleten ausgebeutet und ihrer geringsten Rechte beraubt. Zur selben Zeit aber überrechnen aber die deutschen und Morgan-Kapitalisten, wieviel Profit ihnen die „Volksgemeinschaft" eingebracht hat.

Am 7. Dezember wird auch diese Frage entschieden werden. Die hallische Arbeiterschaft muß bekunden, daß sie gewillt ist, auch den Kampf gegen die Hausbesitzerfreiheit aufzunehmen, indem sie ihre Stimme der einzigen Partei gibt, die diesen Kampf wirklich führt:

den Kommunisten.

Heraus mit den 7000!

Die deutsche Klassenjustiz fordert immer steigende Opfer. Weit mehr denn

7000

Kämpfer der revolutionären Arbeiterklasse, die Vorhut der

Proletarier

Deutschlands, die opferbereitesten, mutigsten Vorkämpfer des deutschen Proletariats, sind in Ketten geschmiedet. Teilweise seit Jahren schon

schmachten

sie hinter Zuchthausmauern und vergitterten Fenstern. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Sozialdemokratie wollen, daß die politischen Gefangenen der Arbeiterklasse

in

den Gefängnissen der deutschen Republik zur Verzweiflung getrieben werden.

Gegen diese Brutalitäten muß das deutsche Proletariat mit allen seinen Kräften kämpfen. Es heißt jetzt,

den

Brüdern, die alles für den Kampf der Arbeiterklasse opferten, die auf lange Jahre hinaus in den

Kasematten

der deutschen Bourgeoisie langsam zermürbt werden sollen, die aktive Unterstützung, den nie aussetzenden Kampf

des

Proletariats um die Freilassung der politischen Gefangenen durchzuführen.

Alle Phrasen von einem sogenannten

„demokratischen"

System, das gegenwärtig in Deutschland angewandt sein soll, zerplatzen wie Seifenblasen auf der unwiderlegbaren Tatsache, daß in

Deutschland

heute mehr denn 7000 politische Gefangene der Arbeiterklasse in den Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen.

Arbeiter! Klassengenossen! Vergeßt die 7000 nicht! Kämpft in geschlossener Front gegen die Klassenjustiz! Fordert die Amnestie für sämtliche politische Gefangene des Proletariats! Millionenstimmig muß der Ruf erschallen:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Immer neue Kämpfer müssen in die Reihen der Kommunistischen Partei treten!

Dann werden unsere gefangenen Brüder und Schwestern in ihrer einsamen Zelle nicht verzagen. Dann werden sie die Gewißheit haben, daß außerhalb der Gefängnistore **die revolutionäre Bewegung des Proletariats wächst und ihrem Siege mit Riesenschritten entgegeneilt.**

Trotz alledem!

Eine grauenhafte Statistik

4. September 1924: Weißenfelser Kommunistenprozeß — 1½ Monate Gefängnis.
8. September 1924: Arbeiter Jäger, Rathenau-Demonstration — 4 Monate Gefängnis.
20. September 1924. Schöbel, Merseburg, Beleidigung — 25 Mk. Geldstrafe
27. September 1924: Böhme, vom 11. Mai — 6 Monate Gefängnis.
27. September 1924: Eildermann, „Klassenkampf", Beleidigung — 3 Wochen Gefängnis.
1. Oktober 1924: Menzel — Wendenburg — 80 Mark Geldstrafe.
6. Oktober 1924: Abtreibung, drei Frauen — 1½ Jahr Zuchthaus, 6 Monate Gefängnis, 2 Monate Gefängnis.
13. Oktober 1924: „Klassenkampf" gegen Mansfeld — 600 Mark Geldstrafe.
17. Oktober 1924: drei Frauen — 6 Monate, 6 Monate, 3 Monate Gefängnis.
17. Oktober 1924: Hebamme, Torgau, Abtreibung — 1 Jahr Zuchthaus.
30. Oktober 1924: „Klassenkampf", Gottschalk, Merseburg — 200 Mark Geldstrafe.
8. November 1924: zwei Arbeiter, Widerstand — 30 und 60 Mark Geldstrafe.
10. November 1924: „Klassenkampf", Beleidigung Siedner — 500 Mark Geldstrafe.
13. November 1924: „Klassenkampf", Beleidigung Mansfeld — 300 Mark Geldstrafe.
20. November 1924: „Klassenkampf", wegen Beleidigung — 20 Mark Geldstrafe.

*

Das sind einige Urteile seit dem 1. September von den Gerichten der Stadt Halle und der näheren Umgebung. Wegen Raummangels und fehlender Unterlagen bringen wir nur die wichtigsten Fälle. **Verurteilungen wegen Vergehens gegen den Schandparagraphen 218 werden aber fast täglich vorgenommen und mit hohen Zuchthausstrafen werden die Frauen und Mütter belegt, die sich weigern, ein Verbrechen zu begehen, indem sie unter diesem fluchwürdigen System noch weiteren Kindern das Leben schenken.** Man kann hieran erkennen, daß sich die ganze Justizmaschinerie nur gegen die Unterdrückten und Ausgebeuteten richtet.

Fort mit diesen verrotteten wilhelminischen Gesetzen!
Fort mit dieser Klassenjustiz!
Her mit der Amnestie!
Das muß die Parole eines jeden klassenbewußten Arbeiters sein.

Ein Erfolg des Amnestie-Aufgebots im Saalkreis

Dem gefaßten Beschluß des Bezirkskomitees der „Roten Hilfe", jeder Frau 3 Zentner und jedem Kind 1 Zentner Kartoffeln zur Verfügung zu stellen, kann das Bezirkskomitee mit Hilfe der Arbeiterschaft, die ihre Klassengenossen nicht vergißt, durchführen.

In Löbejün wurden gesammelt:

44 Zentner Kartoffeln,	3 Pfund Zucker,
148 Pfund Erbsen,	2 Pakete Kakao,
62 Pfund Bohnen,	3 Riegel Seife,
48 Pfund Zwiebeln,	1 Pfund Kaffee,
28 Pfund Mehl,	1 Kinderkleid,
117 Pfund Birnen,	1 Kindermantel,
10 Pfund Wurst,	1 Kindermütze,
2½ Pfund Speck,	1 Paar Schuhe,
1 Tüte Grieben,	Mk. 61.45 in bar.

In Gutenberg wurden gesammelt:

28 bis 30 Zentner Kartoffeln,	30 Pfund Erbsen,
2 Körbe Kraut,	9 Brote,
½ Sack Mohrrüben,	100 Zigaretten,
1 Korb Aepfel,	2½ Pfund Wurst,
1 Sack Bohnen,	Mk. 6.— in bar.

An dieser Sammlung beteiligte sich restlos alles bis auf den Kaufmann Krause von Beruf Maurer.

In Dieskau wurden gesammelt:

4 Sack Kartoffeln,	2 Sack Erbsen,
1 Sack Kohlen,	1 Tüte Mehl.

In Diemitz wurden gesammelt:

7 Sack Kohlen,	1 Sack Mohrrüben,
9 Sack Kartoffeln,	2 Beutel Erbsen,
1 Sack Kohl,	2 Pfund Mehl.

Die Kartoffelsammlung wird jetzt beendet, an Stelle von Kartoffeln müssen jetzt für die Weihnachtsbescherung Kleidungsstücke, Spielsachen, Bücher, Rauchwaren und sonstige Lebensmittel gesammelt werden.

*

* **Die Vertrauensleute der „Roten Hilfe"** werden ersucht, Freitag von 5—8 Uhr oder Sonntag vormittag von 9—12 Uhr (Zimmer 36) abzurechnen.

* **Kommunistische Elternbeiräte!** Heute Abend 7½ Uhr, findet im kleinen Thaliasaal, Geiststr. 42a eine wichtige Veranstaltung statt. Das gebotene Thema:

„Die Zukunft von Schule und Lehrerschaft",

wird allen kommunistischen Elternbeiräten neues Rüstzeug und Material bieten. Das Erscheinen der kommunistischen Elternbeiräte ist Pflicht.

* **A. W. V. Naturfreunde, Ortsgruppe Halle.** Mittwoch, den 26. Nov., ½8 Uhr, Gruppenabend in der Produktiv-Genossenschaft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0009

Unerhörter Versammlungsterror eines sozialdemokratischen Landrats gegen Kommunisten

Aus Trebitz wird uns geschrieben:

Dieser Tage hatte unsere Partei hier zu einer **öffentlichen Wählerversammlung** aufgerufen. Als nun zur Abhaltung der Versammlung geschritten werden sollte, erschien plötzlich der **Landjäger Möbes**, der die Versammlung aufhob mit der „Begründung“, **daß der sozialdemokratische Landrat Müller das Verbot ausgesprochen habe!** Als unser Genosse Peter den Landjäger fragte, **ob er ein schriftliches Verbot habe**, erklärte dieser: **„das geht Sie nichts an!“** Auch wurden die Versammlungsteilnehmer aufgefordert, das Lokal (die Schule, die uns ausdrücklich für diesen Abend sowohl vom **Gemeindevorsteher als auch vom Ortsvorsteher zur Abhaltung der Wählerversammlung zugesagt** war) sofort zu verlassen. Als sie nicht sofort gingen, erklärte der Landjäger, „andere Maßnahmen“ ergreifen zu müssen und **stellte die Personalien des Genossen Peter fest.**

*

„Zuchthauswahlen!“ das war von Anfang des Wahlkampfes an die klare, eindeutige, nüchterne Feststellung der Kommunisten. Zuchthauswahlen **gegen die KPD., das** ist der Sinn der Wahlen vom 7. Dezember.

Die Parole „Zuchthauswahlen!“ ist nicht nur allgemein gehalten: überall sitzen die erbärmlichen Soldknechte, die **die Parole „Zuchthauswahlen!“ zur Durchführung** bringen. Es ist doch aber bezeichnend, wenn ausgerechnet ein **sozialdemokratischer** Landrat sich ganz besonders in dem Kampf gegen die Kommunisten hervortut.

Die SPD. weiß nur zu genau, **wie** die Massen der Arbeiter über sie denken. Die Verräter von der SPD. dürfen sich heute bei keinem klassenbewußten Proletarier mehr sehen lassen.

Daher ihre wahnsinnige, aber auch ohnmächtige Wut gegen die KPD. **Daher** zu erklären, weswegen gerade **sozialdemokratische** Knechts- und Lakaienstellen mit besonderem Nachdruck gegen die Kommunistische Partei mit typischen SPD.-Mitteln kämpft.

Wo bleibt die viel geprießene „Demokratie“? Wo ihre berühmte „Versammlungsfreiheit“? Wo das „Recht zur freien Kritik“?

Alles das gilt natürlich **nicht für Kommunisten!** Und diejenige Partei, die das insbesondere befürwortet und mit allen Mitteln gegen die Kommunisten kämpft und hetzt, dabei lügt und betrügt, ist die **Sozialdemokratie.**

Daraus werden am 7. Dezember die Millionen der deutschen Arbeiterschaft die Konsequenz ziehen müssen. Endlich müssen alle sozialdemokratischen Eierschalen abgeworfen werden. **Denn die SPD. ist schon seit Jahrzehnten keine Arbeiterpartei mehr. Sie ist eine Partei „ruhiger, gesitteter“ Bürger und Kleinbürger.**

Die einzige Partei, die heute die Interessen der Millionenmassen des deutschen Proletariats ohne Rücksichtnahme auf allen gegen sie angewandten Terror vertritt, ist die

Kommunistische Partei!

Einzig und allein ihr gehört am 7. Dezember die Stimme der Arbeiterschaft.

7000 Opfer schmachten in den Kerkern!

Ammendorf

Gründungsversammlung des „Jung-Spartakus-Bundes“.

Am Freitag, dem 28. November, nachmittags 5 Uhr, findet im Restaurant „Zur Post“ die Gründungsversammlung des „Jung-Spartakus-Bundes“ statt. Eltern, schickt alle Eure Kinder zu dieser Versammlung. Zeigt den reaktionären Lehrern und Pfaffen, daß Ihr nicht mehr gewillt seid, Eure Kinder durch Religionsphrasen und die reaktionäre Schule verdummen zu lassen und daß Ihr nicht mehr dulden wollt, daß Eure Kinder nach kapitalistischer Art brutal gezüchtigt werden.

Eigenartige Ansichten scheint Herr Betriebsingenieur Semmel von der Grube Hermine-Henriette in Osendorf zu haben. Beim Kohlenkleinverkauf schnüffelt dieser Herr stets unter den Käufern herum, wahrscheinlich, damit niemand ein Stückchen Kohle einsteckt. Plötzlich entdeckt er unter den Käufern einen Arbeiter **mit dem Abzeichen des Roten Frontkämpfer-Bundes.** Er tritt auf ihn zu und sagt zu dem Frontkämpfer: **„Das Abzeichen des RFB. darf hier nicht getragen werden!“** Dabei kam dieser Kapitalsscherge an die richtige Adresse. Der belästigte Arbeiter antwortete: „Ich bin hier kein Kapitalsknecht. Deswegen geht es Sie gar nichts an, welche Abzeichen ich trage. Ich bin hier als Privatperson.“

Der Ingenieur war sichtlich verblüfft und verschwand stillschweigend. Zu einem Jüngling mit Wehrwolfabzeichen sagte S. natürlich kein Wort.

Wie muß es wohl den Arbeitern dieses Betriebes gehen, wenn schon Privatpersonen in einer solchen Weise belästigt werden? **Arbeiter der Grube Hermine-Henriette, erkennt Eure elende Lage, jagt das Kapitalsgesindel zum Teufel. Am 7. Dezember wird das deutsche Proletariat Heerschau halten können über die Millionen, die zur Revolution des Proletariats stehen. Kommunisten! — ist die Parole.**

Diemitz

Schwarzweißrote „Intelligenz“. Am letzten Sonnabend fand hier die zweite deutschnationale Wählerversammlung statt. Diesmal hatten die Herrschaften keinen Jüngling **mit 11 Semestern** als Redner, dafür **aber** eine MdR.-Kanone aufgefahren, um den beim letzten Male erlittenen Schaden „wiedergutzumachen“. Der Inhalt seiner „schwarzweißroten“ Rede war gleich null. Als teutscher Mann wärmte der Redner die Legenden über Rußland noch einmal auf.

In der Diskussion sprach als erster Diskussionsredner unser Genosse St. Er sagte den teutschen Herrschaften die Wahrheit über Sowjet-Rußland. Ferner rückte er die Ministersesselpolitik der Deutschnationalen ins rechte Licht. Auf die Ausführung des deutschnationalen Redners, über den „geistigen Kämpf“, gab unser Genosse ebenfalls die treffende Antwort. Teutsche Jünglinge sollen nämlich schon öfter Gummiknüppel, Revolver usw. verwandt haben.. **Weil es gilt, aufzuräumen unter dieser Gesellschaft, wählt jeder Arbeiter am 7. Dezember Kommunisten.**

Büschdorf

Am vergangenen Montag fand in Büschdorf eine Wählerversammlung der Deutschnationalen statt. Der Versammlungsbesuch wäre miserabel gewesen, wenn nicht die Arbeiterschaft den Saal gefüllt hätte. Der Redner Seib verzapfte die allgemeinen Forderungen und Versprechungen seiner Partei. (Der Volksmund sagt für so etwas „Leipziger Allerlei“.) Die SPD. bekam natürlich eins auf den Schädel. Doch diese seltsamen „Helden“ waren aus „Vorsicht“ und Feigheit gar nicht erschienen.

In der Diskussion sprach als erster und einziger Redner Genosse G. Seine Ausführungen machten auf alle Anwesenden lebhaften Eindruck. Jedes Wort, welches der deutschnationale Redner gebraucht hatte, enthüllte Genosse G. als erbärmliche Lüge und Verleumdung. — **„Wer als Mensch leben will, wähle nicht eine Knute, sondern Kommunisten!“** So schloß Genosse G. seine Ausführungen. Großer Beifall zeigte, daß seine Worte ihre Wirkung nicht verfehlten.

Im Schlußwort, welches sehr kurz war, sagte der deutschnationale Redner: er müsse leider — ja, leider — zugestehen, daß **unser Redner vollständig recht habe.**

Die Beamten für die Kommunistische Partei!

In kämpfender Einheitsfront mit der Arbeiterklasse!

Immer gewaltigere Kreise zieht die revolutionäre-proletarische Bewegung. In Verfolg des imperialistischen Massengemetzels der Jahre 1914 bis 1918, in Verfolg der sich immer verheerender auswirkenden Endkrise der kapitalistischen Gesellschaft, werden neue Schichten in einem bisher ungeahnten Ausmaße proletarisiert. Das sind nicht nur die Angestellten und Kleinbauern, sondern das sind nahezu in erster Linie die Beamten der mittleren und unteren Besoldungsklassen. Ungeheures Elend reißt in diesen Beamtenschichten ein. Kein Ausweg bietet sich ihnen. So rennen sie dem Nationalismus, dem Faszismus in die Arme, auf die Seite der Konterrevolution.

Doch auch bei diesen Beamten dämmert es. Wenn schon bei den letzten Reichstagswahlen Tausende und aber Tausende von Beamten ihre Stimme der Kommunistischen Partei gaben, so wird das bei den kommenden Wahlen am 7. Dezember bei gesteigerter Proletarisierung der Beamten noch in größerem Maße der Fall sein.

Daß dies so ist, das beweist die öffentliche Beamtenversammlung, die gestern abend im „Goldenen Hirsch“ abgehalten wurde. Als Referenten hatten die Beamten unseren Genossen Landtagsabgeordneten Dahlem bestellt. Genosse Dahlem lehnte natürlich nicht ab. In seinem Referat führte er gestern etwa folgendes aus:

Der letzte Reichstag hat nicht lange gelebt. Er hat nur den Dawes-Plan und den Londoner Pakt angenommen, die beiden Diktate, die Deutschland zur Entente-Kolonie, die seine Unabhängigkeit illusorisch gemacht haben.

Der Dawes-Plan bedeutet eine noch nie in der Geschichte zu verzeichnende Knechtung von Millionen. Die Millionen Arbeiter, Beamte, Angestellte werden in der Kolonie Deutschland als weiße Sklaven behandelt. Mit der Annahme der Kontrolle der Ententekommissare in jeder Verwaltung, in jedem Industriezweig Deutschlands durch die Ententekommissionen, die das Recht haben, sich überall einzumischen, hat Deutschland auf den letzten Rest dieser scheinbaren Unabhängigkeit verzichtet.

Die Abgaben, die das deutsche Volk auf Grund des Dawes-Planes zu leisten hat, bedeuten eine ungeheure Belastung in jeder Beziehung: in finanzieller (Zahlungen in Gold) und industriell-wirtschaftlicher (Lieferungen in Sachwerten: Kohle, Eisen, Chemikalien usw.).

Kurz: **Eine internationale Aktiengesellschaft nach Herzenslust vom deutschen beschnittenen und unbeschnittenen Kapital unterstützt — das ist der Herrscher in der deutschen Republik.** Ebert, die Regierung und der Reichstag haben nichts mehr zu sagen. Alles wird im Interesse der internationalen Aktiengesellschaft geführt. Typisch dafür ist die Eisenbahn.

24 000 Entlassungen werden schon auf Grund des Dawes-Planes bis Anfang des nächsten Jahres durchgeführt.

Neue werden folgen. Die Tarife steigen. Die Lohnpolitik wird im Interesse des Kapitals getrieben. Der Eisenbahnkommissar hat das Recht, wenn er es will, die Eisenbahn ganz zu verschachern.

Im Verwaltungsrat der Eisenbahn sitzt kein Vertreter der Beamtenschaft.

Die Reichsbank **wird** in eine internationale Goldbank umgewandelt. Wer die Banken hat, hat auch die Wirtschaft in seinen Händen. Denn die Devisen- und Kreditpolitik ist in dieselben Hände zugleich mit den Banken übergegangen.

Das alles hat Deutschland freiwillig angenommen. Parker Gilbert regiert in Deutschland. **Deutschland hat eine Kolonialregierung, ohne Eisenbahnen, ohne Banken, ohne Aussicht auf Zölle. Deutschland verzichtet völlig auf die Unabhängigkeit als Nation.**

Wie war nun das Verhalten der einzelnen Parteien zum Dawes-Plan?

Die Deutschnationalen, die zunächst nicht laut genug gegen den Dawes-Plan schreien konnten, haben den Dawes-Plan akzeptiert. Sie haben die deutschen Arbeiter, Beamten, Angestellten ebenso verraten, wie die anderen Dawes-Parteien. Sie sind ebenso schuldig am Beamten- und Arbeiterabbau, an der Reduzierung der Gehälter und Löhne, die sich notwendigerweise aus dem Dawes-Diktat ergibt und schon teilweise durchgeführt **wird an der** Verlängerung der Arbeitszeit bei sinkender Lohnskala.

Die Sozialdemokraten wurden schon häufig **entlarvt.** Sie waren natürlich begeisterte Befürworter des Dawes-Diktates.

Ebenso sind die **Volksparteiler** (Stinnes) und die Demokraten (Bankkapital) mit fliegenden Fahnen ins Lager Dawes' übergegangen. Nur die Kommunisten und die Völkischen blieben fest.

Welche von den beiden Parteien kann nun den Ausweg weisen?

Einen Ausweg aus einer ähnlichen Sackgasse, in der das vom Generalagenten für Reparationen regierte Deutschland sich verlaufen hat, hat es schon wiederholt gegeben. Noch heute leuchtet weithin

die heroische Tat der russischen Arbeiter und Bauern, gegen deren Rote Armee die Truppen von 14 kapitalistischen Staaten ohnmächtig waren.

Die Truppen der Kapitalistenstaaten gingen zu den Roten Truppen über. (Lebhaftes Bravo! Als der Referent den Namen Marty nennt, den Namen des „Meuterer“-Offiziers aus der französischen Flotte am Schwarzen Meere, nimmt der Beifall kaum ein Ende.)

Nur durch die Revolution konnte Rußland verhüten, daß es nicht eine Kolonie des ausländischen Kapitals wurde. (Sehr richtig!)

Alle Lügen über Sowjet-Rußland sind heute zur Genüge entlarvt. Höchstens eine Handvoll Sozialdemokraten glauben sie noch.

Das deutsche Volk hat heute, will es nicht untergehen, dieselbe historische Aufgabe wie die Russen.

Die Herrschenden wissen, daß in Wirklichkeit **nur wir Kommunisten gegen den Versailler „Friedensvertrag“** sind. Nur deswegen wurden nach der Ruhrbesetzung die Kommunisten im Ruhrgebiet zu hunderten verhaftet, wurden die kommunistischen Abgeordneten ausgewiesen. Nur deshalb dürfen unsere kommunistischen Abgeordneten noch heute, da die Separisten amnestiert sind, da die seinerzeit vertriebenen deutschnationalen usw. Abgeordneten längst wieder in Ehren aufgenommen worden sind, nicht ins besetzte Gebiet zurückkehren.

Ein weiterer Beweis dafür, daß kapitalistische Söldnertruppen gegen die revolutionäre Arbeiterarmee nicht zu kämpfen vermögen, ist die Tatsache, daß **die Ruhrbesatzungstruppen** im Laufe der **Monate durch die revolutionäre Aufklärungsarbeit** in der Armee **unzuverlässig wurden und sich weigerten, auf deutsche** Arbeiter, **Beamte und Angestellte zu schießen.**

Alle Anzeichen deuten jetzt darauf hin, daß neue wirtschaftliche Kämpfe, die logischerweise in politische übergehen müssen, bald bevorstehen.

In diesen Kämpfen muß die Beamtenschaft fest mit der Arbeiterschaft zusammenstehen, um im gemeinsamen Kampfe die gemeinsamen Feinde niederzuringen.

Die deutschen Beamten und Arbeiter müssen endlich beginnen, mit ihren Feinden russisch zu reden. (Beifall.) Das Beispiel der **russischen Arbeiter und Bauern soll uns eine Mahnung** sein.

Selbst die größten Opfer dürfen die Beamten und Arbeiter von diesem **Kampfe nicht abschrecken. Der Kampf muß durchgeführt werden.**

Diesen Kampf führen nicht nur die deutschen und russischen Arbeiter gegen ihre Unterdrücker: auch die englischen und französischen Arbeiter kämpfen in heroischem Kampfe gegen das Ententekapital. (Beifall.)

Wenn die kämpfende Einheitsfront von Angestellten, Arbeitern und Beamten hergestellt ist, werden wir dahin gelangen, was das nach schwerer Not aufsteigende russische Volk in schwerstem Kampfe im blutigen Bürgerkriege sich errungen hat. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

*

Eine Diskussion fand nicht statt. Alle Anwesenden waren mit den Ausführungen des Genossen Dahlem einverstanden. Stehend sang die Versammlung die „Internationale“. Ein Hoch auf die politischen Gefangenen, auf die Kommunistische Partei und Internationale beschloß die eindrucksvolle Versammlung.

Protestiert am 7. Dezember gegen die Schandjustiz!

Arbeiter-Sport

Ringkampf-Konkurrenz am 23. November im „Volkspark“ (Halle). Bei der großen Ringkampfkonkurrenz, welche von der Sportvereinigung Achilles von 1890 am Sonntag veranstaltet wurde, gingen folgende Sportgenossen als Sieger hervor: **Jugendklasse bis 90 Pfund:** 1. Preis Kurt Winkler, Sportklub 09 Halle. **Jugendklasse bis 105 Pfund:** 1. Preis Spazier, Germania-Felsenfest Halle; 2. Preis Erich Maye, Germania-Felsenfest Halle. **Jugendklasse bis 120 Pfund: 1. Preis Ratzsch,** Sportvereinigung Achilles Halle; 2. Preis Hädicke, Wansleben; 3. Preis Müller, Leipzig. **Jugendklasse bis 140 Pfund:** 1. Preis Neuhaus, Roßbach; 2. Preis Künstling, Sportklub 09 Halle. **Fliegengewicht bis 105 Pfund: 1. Preis Max Haller,** Atlas Halle; 2. Preis Zimmermann, Gera-Zwötzen; 3. Preis Meinhardt, Dessau. **Bantamgewicht bis 115 Pfund:** 1. Preis Fritz Haller, Atlas Halle; 2. Preis Hausick, Sportklub 09 Halle; 3. Preis Ernst, Braunsdorf; 4. Preis Thürmer, Sportv. Achilles Halle. **Federgewicht bis 125 Pfund:** 1. Preis Poß, Achilles Halle; 2. Preis Walter Maye, Germania-Felsenfest Halle; 3. Preis Graf, Germania-Felsenfest Halle; 4. Preis Demponsky, Kökern; 5. Preis Dinges, Achilles Halle. **Leichtgewicht bis 135 Pfund:** 1. Preis Boim, Achilles Halle; 2. Preis Wald, Sportklub 09 Halle; 3. Preis Bollmann, Dessau; 4. Preis Sachse, Germania-Felsenfest Halle; 5. Preis Smurawsky, Achilles Halle; 6. Preis Stoller, Langenbogen. **Leichtmittelgewicht bis 145 Pfund:** 1. Preis Heßler, Holzweißig; 2. Preis Amstuz, Apolda; 3. Preis Nehring, Achilles Halle. **Schwermittelgewicht bis 155 Pfund:** 1. Preis Kleinhenz, Apolda; 2. Preis Goldhahn, Sportklub 09 Halle. **Schwergewicht über 155 Pfund:** 1. Preis Reißel, Germania-Felsenfest Halle. — Sämtliche erste Preisträger erhielten außer dem Diplom einen Ehrenpreis. „Frei Heil!“ den Siegern sowie den Kampfrichtern, welche der technischen Leitung zur Verfügung standen.

2. Kreis, 6. Bezirk. Kinderturnwarte. Sonntag, den 30. November, vormittags 11 Uhr, in Halle („Volkspark“) Kinderturnstunde für Knaben. Jeder Verein muß vertreten sein. Turnwarte, vergeßt Eure Turnkleidung nicht. Ganz besonders sind die Gruppenkinderturnwarte eingeladen. Auch die Leiter der Mädchenabteilungen können erscheinen. Veranstaltungen zum Bezirksfest macht das Erscheinen notwendig.

Willy Grube, Kinderturnwart.

Schiedsrichtervereinigung für Turnspiele. 2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Donnerstag, den 27. November, ½8 Uhr, im Restaurant „Zur Blume“, Torstraße, **Sitzung.** Sportvereine mit Handballmannschaften sind besonders eingeladen.

Arbeiter-Schwimmverein Halle. Sämtliche Schwimmgenossen, die nach Zeitz fahren, müssen Ihr Fahrgeld bis Freitag abend an Schwimmgenossen Hennig abgeliefert haben. Dieses beträgt für Jugendliche unter 20 Jahren 2 Mark. Treffpunkt Sonntag, vormittags 7½ Uhr, Hauptbahnhof.

Fichte (Handballmannschaft). Am Sonntag, dem 30. November, 9 Uhr vormittags, spielt Fichte 3. gegen Passendorf 1. auf dem Fichte-Platz in folgender Aufstellung: Schauerhammer. Wolf, Deege, Hellmund, Koch, Notrott, Haußner, Schubert, Hennicke, Albig, Fischer. Sämtliche Spieler haben pünktlich zu erscheinen. Dreß weiße Hose, schwarzes Hemd.

Zuchthauswahlen!

In der Zeit vom 25. bis 30. November finden im Saalkreis folgende öffentliche Wählerversammlungen der KPD. statt:

Mötzlich: Mittwoch, den 26. Nov., abends 8 Uhr, Maye.

Wallwitz: Mittwoch, den 26. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Krosigk: Mittwoch, den 26. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Mori: Donnerstag, den 27. Nov., abends 8 Uhr, Stoye.

Canena: Donnerstag, den 27. Nov., abends 8 Uhr, Wenkel.

Gröbers: Donnerstag, den 27. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Kütten: Donnerstag, den 27. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Domnitz: Freitag, den 28. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Plötz: Freitag, den 28. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Oppin: Freitag, den 28. Nov., abends 8 Uhr, Ferl.

Lebendorf: Sonnabend, den 29. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Niemberg: Sonnabend, den 29. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Wettin: Sonnabend, den 29. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof „Zum Stern“.

Trebnitz: Sonntag, den 30. Nov., nachm. 3 Uhr, Gasthof „Zum Löwen“.

Braschwitz: Sonntag, den 30. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Lochau: Sonntag, den 30. Nov., nachm. 3 Uhr, Gasthof.

Klein- und Großkugel: Sonntag, den 30. Nov., nachm. 3 Uhr, Gasthof.

Neutz: Sonntag, den 30. Nov., abends 8 Uhr, Gasthof.

Lettewitz: Sonntag, den 30. Nov., nachm. 3 Uhr, Gasthof.

Für jeden Geknebelten zehn neue Kämpfer!

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend Halle. Heute abend um 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft

Mitgliederversammlung.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das unbedingte Erscheinen aller Mitglieder. Mitgliedskarten sind zur Kontrolle mitzubringen.

Freitag: **Gruppenabende.** Süd: Produktiv-Genossenschaft. Nord: „Volkspark“. Anfang abends 8 Uhr.

Verantwortlich: Marianne Gundermann, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Fahrradlampen — Gummi-Bieder — Große Steinstraße 81

Postbezieher!

gebt die Bestellung auf den „Klassenkampf“ sofort auf, dann trifft er ab 1. Dezember pünktlich ein.

Der Verlag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0010

Leben · Wissen · Kunst

Interview

Ein Ministersessel wurde
Dieser Tage interviewt.
„Mancherlei Gesätze", sprach er,
„haben schon auf mir geruht.
Rational wie sozialistisch
Machten sie auf mir sich breit.
Allen aber fehlte eines:
„Die gewisse Sauberkeit."
Gegenwärtig, welche Düfte!
Schlimm! Regierungsdiarrhöe!
Bürgerblock! So heißt die künftige
Reichsregierungshautevolee.
Reizend! Bürgerblockpopöchen!
Appetitlich! Nicht verdreckt!
Haben doch die Scheide-männer
Sie seit Jahren abgeleckt!"

Tom.

Die Morganisierung der deutschen Universitäten

K. N. Gleichwie man uns Kommunisten stets „einseitigen Materialismus" vorwirft, wenn wir von dem Klassencharakter der bürgerlichen Wissenschaft sprechen, so übergeht die bürgerliche Presse stillschweigend die ungeheuerliche Tatsache, daß infolge der neuen Gebührenerhöhung an den Universitäten über 40 Prozent der Studierenden, soweit sie den wirtschaftlich heruntergesunkenen Schichten des Mittelstandes entstammen, die Universität jetzt verlassen mußten und daß angesichts dieser Katastrophe der Rektor der Berliner Universität Gustav Roethe sich äußerte: „Durch die neue Gebührenordnung wird die nötige Reinigung bewirkt, sie hat uns von manchem Ballast befreit." Er hat hierdurch offen erklärt, daß es im Interesse des kapitalistischen Staates liegt, den verarmten Teil der Studenten, der dem Einfluß revolutionärer Gedanken leicht unterliegen kann, nach Möglichkeit vom Studium auszuschalten.*) Uebrigens hat die „Voss. Zeitg." sich in gleichem Sinne bejahend für die neue Gebührenordnung ausgesprochen!)

Die kommunistische Studentenfraktion der Berliner Universität hat bei dem gegenwärtigen Semesterbeginn im Studentenparlament beantragt, für die Forderungen: Staffelung der Kolleggelder nach Vermögen und Geschwisterzahl, kostenlose Lernmittel für die proletarisierten Studenten, Beseitigung der Ausnahmebestimmungen gegen die Werkstudenten, den Zahlungsstreik der Studierenden zu organisieren (da mit rein formalen Protestdelegationen erfahrungsgemäß keine Erfolge erzielt werden). Die Fraktion der Rechten und der Mitte haben aber nach einigen diplomatischen Verschleierungen — wie man wohl erwarten konnte — diesen Antrag in der letzten Sitzung abgelehnt. Gleichzeitig wurden auch die kommunistischen Anträge betr. Absetzung der starken Geldposten für Teno und Repräsentation vom Etat der Studentenschaft abgelehnt.

Die Studenten brauchen also über wirtschaftliche Not nicht zu jammern, da die von ihnen gewählten faszistischen Vertreter positive Schritte gegen die soziale Not ihrer Studiengenossen nicht wagen. Im Gegenteil — ihre grenzenlose Borniertheit, die man nur als Geistesgestörtheit deuten könnte, wenn man nicht ihren Grund in der Klassengebundenheit erkennt, geht soweit, daß Studenten für Kartoffelauslesen im Akkord pro Kiepe — 65 Pfund — 10 Pf. Lohn zu erhalten, also die gemeinsten Streikbrecherdienste zu leisten, als die ihrem „Stande" entsprechende Beseitigung für nötig halten. Die kommunistische Studentenfraktion, die in der „Roten Studenten-Fahne" ihr eigenes Organ hat, führt einen schweren Kampf gegen die überwältigende Mehrheit ihrer Gegner.

Wie es aber mit der monarchischen Ehrlichkeit dieser Bürgersöhnchen bestellt ist, beweist folgender interessanter Briefwechsel mit Ebert. Ebert hatte die Berliner Studentenschaft zur Teilnahme an der Verfassungsfeier eingeladen. Daraufhin schrieben sie ihm zur Antwort, daß „sie nach ihrer monarchischen Ueberzeugung, an der Verfassungsfeier teilzunehmen, ablehnten — aber mit dem Herrn Reichspräsidenten in dem Willen zum völkischen Wiederaufbau Deutschlands einig wären (!)".

... Der ideologischen Morganisierung der Studenten dient die Zylle von Vorträgen über England und Amerika, mit der sie jetzt überschwemmt werden. Journalisten, wie Edgar A. Mowrer von den „Chicago Daily News" und Seguie von den Londoner „Daily News" erklären die neulichen Wahlen im kapitalistischen Sinne und Paul Rohrbach, Prof. Bonn und Schulze-Gaevernitz sorgen für die Harmonierung des „Amerikanismus" und der „nationalen (?) Interessen" ...

Und fahren nun die ehrlichen Bürgersleute immer noch nervös und entsetzt auf, wenn wir von der Klassenverseuchung der bürgerlichen Wissenschaft sprechen?

*) Aehnlich äußerte sich auch der Universitätsrichter Marcard: „Der Rückgang in der Zahl der Studierenden wird mithin zunächst die Studenten umfassen, deren wissenschaftliche Befähigung nicht (!) über dem Durchschnitt steht. Die Spreu wird sich vom Weizen (den Söhnen und Töchtern Thyssens, Klöckners usw.) sondern".

Kunst und Proletariat

Um Kunst schaffen und genießen zu können, muß die Voraussetzung da sein, daß ein Spieltraum materieller und kultureller Bewegungsfreiheit besteht.

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist das Proletariat durch seine Lebensbedingung gezwungen, auf geistige Bedürfnisse zu verzichten. Die Verhältnisse, in denen es leben muß, sind kunstfeindlich.

Das Schicksal der ausgebeuteten Klasse war, solange Klassengegensätze die menschliche Gesellschaft spalten, in großer materieller Not leben zu müssen. Die logische Folge hiervon ist die Kulturarmut des Proletariats. Kunst und Wissen sind ein Privileg der herrschenden Klasse.

Und so könnte man sagen, es sei ein Hohn, von „Kunst und Proletariat" zu reden. Wie dem auch sei, wir wollen hier untersuchen, welchen Wert und was die Kunst für das Proletariat bedeutet.

*

Kunst ist der Ausdruck der Ideologie der jeweils herrschenden Klasse. Die Macht und die Ideologie der kapitalistischen Gesellschaft, die dem Schoße des Feudalismus entsprang, brachten die Künstler zum Ausdruck im Bildern, Bauwerken, Skulpturen, Plätzen usw. Die gewaltige Entfaltung dieser Kunst ist ein Spiegelbild des grandiosen Aufschwungs der neuen Gesellschaft. Ihre Macht und der Reichtum finden Ausdruck in der Kunst, deren Stil sich nach den gesellschaftlichen Verhältnissen richtet.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung kennt nur Ware. Verkäufliche und käufliche. Auch die Kunstprodukte sind hiervon nicht ausgeschlossen. Weil der Künstler essen, d. h. sein Brot verdienen muß, ist er gezwungen, seine Kunstwerke zu verkaufen. Genau wie jede andere Ware, z. B. Seife und Schuhe, muß die künstlerische Ware den Markt erobern. Da aber dieser Markt vom Kapitalismus — Raffte und anderem zahlungsfähigem Gesindel — beherrscht wird, von Betäubungs- und Zerstreuungsbedürftigen, protzenhaftem Luxus, Gemeinheit und Halbkultur, muß die Kunst sich dem Willen dieses Marktes beugen. Von der Konkurrenz, der Unrast des kapitalistischen Kunstmarktes gehetzt, werden alle Vorbedingungen für das innere und äußere Reifen künstlerisch-wertvoller Werke vernichtet. Aus den Künstlern werden fleißige Fabrikanten und Händler. Eine Kloakenkunst blüht auf, ist Treibhauspflanze, in den Wohnungen der Bourgeoisie, im Tingel-Tangel-Kitsch ist das Gepräge der Straßen, Plätze, Gebäude usw. Daß die künstlerischen Strömungen unseres Jahrhunderts so rasch nacheinander sich ablösen, ist aus dem eben Aufgezeichneten zu erklären. Die bürgerliche Erkenntnis der Welt mit ihren Nöten jeder Art und den vielen Katastrophen ist, daß diese Welt zum Chaos wird. Die vielen Kunstrichtungen sind der Ausdruck dieser Ideologie.

*

Mit dieser Kunst hat das Proletariat nichts zu tun. Von den wenigen Künstlern, die an der Seite des Proletariats stehen, zeichnen die meisten mit „bürgerlichen Augen". Sie klagen an, zeigen aber nicht den Weg zum Kampf. Eine kleine Gruppe von Künstlern gibt es schon, die diesen Weg zeigt. Sie begreifen die historische Aufgabe des Proletariats, den Kapitalismus zu stürzen und die gewaltige weltumspannende Idee. Sie sind dem Proletariat Kampfgenossen. Sie drücken die Ideologie der unterdrückten Klasse aus. Kampf heißt sie. Muß sie heißen. Der Einfluß der herrschenden Klasse auf die Kultur ist noch sehr gering. Wirklich entscheidend wird er erst nach der Befreiung von den politischen, sozialen und geistigen Ketten werden. Und die neue Gesellschaft erst wird die Erfüllung der zu leistenden Aufbauarbeit bringen.

B.

Der reiche Knabe und der arme Bucklige

Von John Lassen, Neuyork

Deutsch von Stefan J. Klein

Wieder verschwand ein reicher Knabe. Er hieß Franklin Roshek und wohnte in einem vornehmen Haus, umgeben von alldem, was der Reichtum hervorzubringen vermag. Franklin führte ein glückliches, harmonisches Leben, so berichtete seine Mutter.

Trotzdem fiel über das Leben des kleinen vierzehnjährigen Knaben ein Schatten: eines Tages begegnete er einem vollkommen unbekannten Wesen, einem Geschöpf, von dem er bisher nur in Büchern gelesen hatte, der Armut.

Diese Begegnung ereignete sich in der Gestalt eines buckligen Knaben. Franklin Roshek blieb auf der Straße stehen, und ein bucklicher Knabe trat an ihn heran. Ein Knabe mit zerrissenem Gewand und ausgehungertem Gesicht. Zwischen den hervorspringenden Backenknochen und ältlichen Zügen glänzen zwei fiebrige Augen hervor.

„Ich bin hungrig!" sprach zu Franklin Roshek die Armut.

Ein Gefühl des Schmerzes schnitt in das Herz des reichen Knaben eine Kerbe. Er wußte nicht, was es bedeute, hungrig zu sein. Ihm war dieses Wort fremd. Und in dem reichen Knaben erwachte die Neugierde. Er wollte wissen, wie ein Mensch lebt, der buklig ist und niemanden hat, ein armer und elender Mensch. Und der arme Knabe stand ihm Rede und Antwort. „Man hat nicht immer ein Obdach. Muß im Keller Zuflucht suchen. Niemand nimmt einen häßlichen Burschen gern auf. Deshalb bin ich so zerlumpt. Und dann heißt es immer: Scher Dich zum Teufel, scher Dich zum Teufel. Und ich kann auch nichts verdienen, denn ein Bucklger bekommt keine Arbeit."

Franklin Roshek gab dem Bucklgen fünfzehn Cents und erzählte alles seiner Mutter. Und von diesem Tage an spielte in seinem jungen Leben der Bucklige eine große Rolle. Der Bucklige zog in sein Leben ein. Mich nicht mehr daraus. Der Bucklige beobachtete sein Leben und drohte aus seinem unsichtbaren Versteck: — Du im Palais — ich im Keller —, wo ist da die Gerechtigkeit?

Und eines Tages verschwand Franklin.

„Frank konnte unmöglich durchgegangen sein" — sagte sein Vater. — „Frank hatte zum Geburtstag für hunderttfünfzig Dollar ein Telesfop bekommen. Es war beinahe so groß, wie das in der Schule. Frank betrachtete mit besonderer Vorliebe die Sterne und sagte immer, er wolle Astronom werden. Frank ist sicherlich geraubt worden."

Und ähnlich jammerte auch die Mutter. Sie bekam hysterische Anfälle. An ihr Krankenlager mußten Aerzte und Pfleger immer gerufen werden.

Es steht nicht mit Bestimmtheit fest, was sich ereignet hatte. Ob Frank tatsächlich geraubt, oder dieses Lebens überdrüssig wurde und ins andere Leben, das Unbekannte, hinübergang.

Wir wollen in Frank den geläuterten Menschen sehen. Den Menschen, der in seinem Innersten gemeinsam mit den Leidenden fühlt und den Weg ins Unbekannte antritt, folgend dem Bucklgen, der ihm zeigte, daß es außerhalb des Lebens im Palais auch ein anderes gebe: das Leben im Keller.

Ein einziges Mal in seinem Dasein begegnete Frank diesem Kellerleben, und er vermochte sich nicht mehr von dem Gedanken zu befreien, daß diese Welt nicht die der Gerechtigkeit sei. Noch ist ungewiß, wie die Wirklichkeit die Tragödie des vierzehnjährigen Franklin Roshek beenden wird, die mit dem Leben des unbekannten Bucklgen verquickt wurde. Um den unbekannten Bucklgen ist niemand besorgt, seine Mutter erleidet keinen Nervenzusammenbruch, und die einzigen, die sich um ihn Sorgen machen, sind die Polizisten, die nach ihm fahnden.

Es ist möglich, daß Frank erschrecken und ins Vaterhaus zurückfliehen wird, wo er das Morgen nicht zu fürchten braucht. Vielleicht wird er den unbekannten Bucklgen vergessen und das Geschäft seines Vaters fortführen und weitersammeln das klingende Geld auf Kosten der vielen, vielen Bucklgen, der Bucklgen des Lebens, die in den Tiefen der Keller darben ... und nicht ihr Schicksal wechseln konnten, gleich ihm, — dem Sohn des reichen Mannes.

*

Nachschrift.

Zu jener Zeit, da diese Zeilen entstanden, hatte die menschliche Gerechtigkeit in Amerika, auch das Land der Freiheit genannt, noch nicht ihre Herrschaft angetreten. Es gelang der Polizei gar bald, eines armen bucklgen Burschen habhaft zu werden. Der arme Teufel behauptete vergeblich, daß er mit der ganzen Angelegenheit nichts zu schaffen habe. Aber wer glaubt einem zerlumpten Bucklgen? Er wurde ins Gefängnis geworfen. Und so hat's recht. Weshalb war er bucklig und arm ...?!

„Jugend-Internationale" Nr. 3, 6. Jahrg.

Aus dem Inhalt: L. Schatzkin: Zum 5jährigen Jubiläum der KJI. — S. Damatier: Die Bilanz der Regierung Seiner Majestät des Königs von England. — A. Warjasan: Das Ende des georgischen Aufstandes. — Conrad: Leninistische Bildungsarbeit. — F. Chaleigne: Die antimilitaristische Arbeit des KJV. Frankreichs. — Gegtner: Unsere ständigen Organisationsaufgaben. — Aus der Jugendinternationale. — Aus der Praxis: Bericht der Berliner Organisation über die Umstellung auf Betriebszellen. — Material für den aktiven Verbandsarbeiter. Preis 0,25 Mk. Zu beziehen vom Verlag der Jugendinternationale, p. Adr. Arbeiterbuchhandlung Wien VIII, Alserstraße 69, durch die Literaturobleute der Partei und Jugend und durch die Bezirks-Buchhandlung, Lerchenfeldstr. 14.

Der Rote Stern

33 Ein utopischer Roman von A. Bogdanow

Aus dem Russischen übersetzt von H. zur Mühlen

Als der Bericht über Mennis erste erfolgreiche Expedition nach der Erde veröffentlicht wurde, verlor das kleine Mädchen vor Freude und Entzücken fast den Verstand. Die kleine Netti kannte Mennis Bericht Wort für Wort auswendig und quälte die Mutter sowie die Erzieherinnen ewig mit Fragen über die ihm unverständlichen technischen Ausdrücke, die in dem Bericht vorkamen. Netti verliebte sich in Menni, ohne ihn zu kennen, schrieb ihm einen begeisterten Brief, flehte ihn unter anderem an, er möge sie zu den Erdenkindern bringen, denen keine Erziehung zu Teil werde, sie übernehme es, diese auf vortreffliche Art zu erziehen. Sie schmückte ihr Zimmer mit Erdenbildern und den Porträts der Erdenmenschen und stürzte sich auf das Studium der Erdensprachen, sobald die dazu nötigen Bücher erschienen waren. Sie entrüstete sich über die Gewalt, mit der Menni und dessen Gefährten dem ersten Erdenmenschen begegnet waren: sie hatten ihn gefangen genommen, damit er ihnen beim Erlernen der Erdensprachen behilflich sei; zur gleichen Zeit bedauerte sie heftig, daß Menni und die Seinen bei der Rückkehr in die Heimat den Erdenmenschen freigelassen und nicht nach dem Mars mitgenommen hatten. Sie faßte den festen Entschluß, eines Tages nach der Erde zu fliegen, und auf die Scherze der Mutter, sie würde sich dort sicherlich mit einem Erdenmenschen verheiraten, entgegnete sie sinnend: „Das ist sehr möglich."

Alldiese Dinge hatte mir Netti niemals erzählt; in ihren Gesprächen schien sie vielmehr der Vergangenheit auszuweichen. Selbstverständlich konnte niemand, nicht einmal sie selbst, jene Dinge besser berichten, als Nella. Bisweilen ergaß ich völlig auch meine Person, sah vor mir das reizende kleine Mädchen mit den großen funkelnden Augen und der rätselhaften Sehnsucht nach der fernen, fernen Welt ... Doch verging diese Stimmung rasch, das Bewußtsein meiner Umgebung kehrte zurück und damit auch die Erinnerung an den Zweck unseres Gesprächs; von neuem drang eisige Kälte in meine Seele.

Als sich das Gespräch den letzten Jahren aus Nettis Leben zuwandte, beschloß ich, meine Frage zu stellen, mich so ruhig und unbewunden wie nur möglich nach Nettis und Sternis Verhältnis zu erkundigen. Nella dachte einen Augenblick lang nach.

„Also deshalb suchten Sie mich auf! ... Weshalb sagten Sie es nicht gerade heraus?"

Unerbittliche Strenge klang aus ihrer Stimme. Ich schwieg.

„Selbstverständlich kann ich es Ihnen erzählen", fuhr sie fort. „Es ist eine ganz einfache Geschichte. Sterni war einer von Nettis Lehrern. Er hielt den Jüngeren Vorträge über Mathematik und Astronomie. Als er von seiner ersten Expedition nach der Erde zurückkehrte, — ich glaube, dies war Mennis zweite Expedition, — hielt er eine Reihe Vorträge über diesen Planeten und dessen Bewohner. Netti zählte zu seinen ständigen Hörern. Die Geduld und Aufmerksamkeit, mit der er ihren ewigen Fragen begegnete, brachte die beiden einander näher. Schließlich führte alldies zu ihrer Verbindung. Beide waren grundverschiedene Charaktere. Das Ergebnis der Verschiedenheit zeigte sich bald auch in ihrem Privatleben. Führte zur Entfremdung und schließlich zum Bruch. Das ist alles."

„Sagen Sie mir, wie kam es zum Bruch?"

„Zum endgültigen Bruch kam es nach Lettas Tode. Die innige Freundschaft zwischen Netti und Letta gab dazu den ersten Anstoß. Netti litt unter Sternis analytisch kaltem Verstand; er zerstörte allzu systematisch und hartnäckig alle Luftschlösser, alle Phantasien des Geistes und des Gefühls, die für sie einen Teil des Lebens bedeuten. Unwillkürlich suchte sie nach einem Menschen, der sich diesen Dingen gegenüber anders verhielt. Und dem alten Letta eigneten ein selten teilnahmsvolles Herz sowie ein schier kindlicher Enthusiasmus. Netti suchte in ihm jenen Gefährten, dessen sie bedurfte: Letta hatte mit ihren Phantasien nicht nur Geduld, sondern ließ sich auch häufig selbst von ihnen fortreißen. Bei ihm konnte sie von der strengen selbstverfleischenden Kritik Sternis Erholung finden. Letta liebte gleich ihr die Erdenträume und Phantasien, glaubte an die künftige Verbindung der beiden Welten, die eine herrliche Blüte und eine gewaltige Lebenspoesie zur Folge haben würde. Als dann Netti erfuhr, daß ein Mensch, in dessen Seele derartige Gefühle verborgen lagen, niemals Frauenliebe und Zärtlichkeit kennen gelernt habe, konnte sie sich damit nicht abfinden. Auf diese Art kam Nettis zweiter Bund zustande."

„Einen Augenblick", unterbrach ich sie. „Verstehe ich Sie recht, Sie sagten, Netti sei Lettas Frau gewesen?"

„Ja", erwiderte Nella.

„Sie sagten aber doch, daß der endgültige Bruch mit Sterni erst nach Lettas Tode erfolgte."

„Ja; erscheint Ihnen dies unbegreiflich?"

„Nein, ich verstehe Sie, wußte bloß nicht darum."

In diesem Augenblick wurde unser Gespräch unterbrochen. Eines der Kinder hatte einen nervösen Anfall erlitten und einer der Schüler rief Nella. Ich blieb eine Zeitlang allein. Die Gedanken wirbelten durch meinen Kopf; mir war so seltsam zumute, daß ich dies in Worten nicht auszudrücken vermag. Weshalb eigentlich? Es war doch nichts Besonderes vorgefallen. Netti war ein freier Mensch, hatte als freier Mensch gehandelt. Letta ist ihr Mann gewesen? Ich hatte ihn stets verehrt, für ihn warme Zuneigung empfunden, hätte ihn selbst dann geliebt, wenn er sich nicht mit geopfert haben würde. Netti war also gleichzeitig mit zwei Genossen verheiratet gewesen? Ich hatte immer gefunden, daß die Monogamie in unserer Welt ausschließlich den wirtschaftlichen Bedingungen entspringe, die den Menschen bei jedem Schritt beargenzen und hemmen. Hier existierten diese Bedingungen nicht, auf dem Mars herrschten andere Verhältnisse, die dem persönlichen Gefühl und den persönlichen Verbindungen keine Fesseln anlegten. Woher kam aber meine Erregung und der unbegreifliche Schmerz, über den ich aufschreien, dann aber wieder lachen hätte mögen? Konnte ich das, was ich dachte, nicht auch fühlen? Anscheinend nicht. Und mein eigenes Verhältnis zu Enno? Wo blieb da meine Logik? Und was bin ich eigentlich? Welch törichte Stimmung!

Ach ja, und auch dies berührte mich peinlich: weshalb hatte Netti nicht mit mir darüber gesprochen? Wie viele Geheimnisse, wieviel Betrug umgeben mich noch? Wie viele harren meiner in der Zukunft? Aber nein, auch dies stimmt nicht! Geheimnisse, ja, aber kein Betrug. Ist aber nicht auch schon das Geheimnis ein Betrug?

Derartige Gedanken wirbelten durch meinen Kopf, als sich die Tür öffnete und Nella zurückkam. Sie las augenscheinlich von meinen Zügen ab, wie schwer mir ums Herz war, denn der Ton, mit dem sie sich an mich wandte, war frei von Strenge und Kälte.

„Es ist natürlich schwer", meinte sie, „sich an die völlig fremden Lebensbedingungen und an die Sitten einer anderen Welt zu gewöhnen, mit der Sie keine Blutsverwandtschaft verbindet. Sie haben bereits in dieser Beziehung manchen Sieg errungen, finden Sie sich nun auch in diese Dinge. Netti glaubt an Sie, und mir scheint, daß sie recht hat. Ist etwa Ihr Vertrauen zu Netti, Ihr Glaube an sie schwankend geworden?"

„Weshalb verbarg sie diese Tatsache vor mir? Wo blieb da ihr Glaube? Ich begreife sie nicht."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0011

Ein sauberer Plan der Junker und Großbauern

Die Rentenmarkkreditanstalt ihr neues Machtinstrument

Das Leib- und Magenblatt der deutschen Großagrarier, die „Deutsche Tageszeitung", berichtet von „zuständiger Stelle" nähere Einzelheiten über die geplante „Rentenbankkreditanstalt".

Der Plan zu einem solchen zentralen Kreditinstitut tauchte bekanntlich auf mit dem Dawes-Gutachten, das eine Liquidation der bisherigen Rentenbank vorsah. Die Beteiligung der Landwirtschaft an der Rentenbank sollte von dem neuen Institut übernommen werden. Begründet wurde dieses Verlangen mit der ungeheuren Kreditnot, die eine solche zentrale Kreditanstalt dringend notwendig mache. Die Genossenschaftskassen kehrten sich zunächst gegen die Schaffung einer solchen neuen Kreditzentrale, da sie die Monopolstellung erhalten wollten. Inzwischen scheint es zu einer Verständigung gekommen zu sein. Die zu schaffende Rentenbankkreditanstalt soll einen Aufsichtsrat bekommen von 19 Mitgliedern, als Vorsitzender ist Exzellenz Lenze vorgesehen. 11 Mitglieder sollen aus der Landwirtschaft ausgewählt werden, während 8 die Interessen der Länder wahrnehmen sollen. Von den 11 landwirtschaftlichen Mitgliedern sollen 3 auf den deutschen Landwirtschaftsrat entfallen, 4 auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften, 2 auf den Reichslandbund und 2 auf die Vereinigung der Deutschen Bauernschaft.

Diese Angabe zeigt sonnenklar den Charakter der neuen Zentralkreditanstalt. Der Deutsche Landwirtschaftsrat ist die Zusammenfassung der Deutschen Landwirtschaftskammer. In den Landwirtschaftskammern dominiert der Junker und Großpächter. Die drei Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrates müssen also als Vertreter der Junker und Großbauern angesprochen werden. Dasselbe gilt von den vier Vertretern der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die im Generalverband und in den Raiffeisen-Genossenschaften zusammengefaßt sind, haben sich längst aus Werkzeugen der kleinen und Mittelbauern zu Machtinstrumenten der Großbauern und Rittergutsbesitzer entwickelt. Gerade ihre Kreditpolitik ist ein sprechender Beweis dafür. Die Deutschen Bauernvereine haben erst in letzter Zeit durch den Mund ihrer Führer und durch ihr Eintreten für die reaktionärsten Rechtsparteien bewiesen, daß sie hinter dem Landbund keineswegs zurückstehen. Die Kleinbauernverbände, die zusammen zweifellos mehrere Tausend kleiner Bauern, Pächter und Siedler umfassen, sind vollkommen übergangen.

Diese Tatsachen zeigen den Kleinbauern drastisch, was diese Rentenbankkreditanstalt ihnen bringen wird.

Kredite für die Großen, leere Hand für die Kleinen,

auf jeden Fall Wucherzinsen und Zinsknechtschaft. Um so energischer muß die Kleinbauernschaft die Forderung billiger Staatskredite erheben und an die Schaffung selbständiger Kleinbauerngenossenschaften herangehen. Nicht zusammen mit den Großen, sondern als selbständige Bewegung werden die schaffenden Landwirte ihre Lage verbessern.

In dem Fall der Rentenbankgrundschulden muß die Kleinbauernschaft unerschütterlich festhalten an der Rentenbankhypothek für die Kleinbauern, Auszahlung der Gewinnanteile sofort bei Liquidierung der Rentenbank.

England gegen eine Intervention des Völkerbundes in Aegypten

England gegen eine Intervention des Völkerbundes

(Eig. Drahtm.) **London, 26. November.**

Der Protest des Parlamentes in Kairo an die Parlamente der Welt und an den Völkerbund betont das Recht der völligen Unabhängigkeit Aegyptens und auch des Sudans. Der Protest erklärt weiter, obwohl Aegypten sich wegen der Ermordung des Oberbefehlshabers entschuldigt habe, hat England die Gelegenheit benutzt, eine imperialistische Politik einzuleiten und verlasse sich auf die Gewalt, um sich an einem friedlichen Lande zu rächen. Der Protest charakterisiert die Forderungen Englands als unerhört in der Weltgeschichte und ersucht den Völkerbund im Interesse der ägyptischen Nation zu intervenieren.

*

Paris, 24. November.

Die Havas-Agentur veröffentlicht eine Erklärung halbamtlichen Ursprungs, in der es heißt: Die französischen diplomatischen Kreise folgen mit großer Aufmerksamkeit der englisch-ägyptischen Krise und hegen die Hoffnung, daß der Konflikt dem Schiedsspruch des Völkerbundes unterbreitet werden könne. Obgleich Aegypten noch nicht Mitglied des Völkerbundes sei, könnte dieses Verfahren vorteilhafterweise eingeschlagen werden. (England widersetzt sich einer Völkerbundsentscheidung.)

*

Der Völkerbund erklärt sich für nicht zuständig

Der Genfer Korrespondent des „Daily Telegraf": In Kreisen des Völkerbundes wird es für nicht wahrscheinlich gehalten, daß irgend ein Mitglied des Bundes im Völkerbundsrat eine Intervention in der ägyptischen Angelegenheit beantragen werde, **da die ägyptische Frage als eine innere Angelegenheit angesehen werde,** die nicht unter die Befugnisse des Völkerbundes falle.

*

Die englischen Maßnahmen in Aegypten und im Sudan bedeuten einen Feldzug gegen das ägyptische Volk. Bei diesen Maßnahmen kann sich der englische Imperialismus nicht einmal auf „Verträge" berufen. Er tritt im Gegenteil **alle selbstgeschriebenen Verträge mit Füßen.**

Was wird die 2. Internationale angesichts dieses offenen kriegerischen Vorstoßes tun? Das zeigte schon **Macdonalds Lobrede** über den ermordeten **Agenten des englischen Imperialismus.** Es handelt sich ja „nur" um ein „afrikanisches" Volk, und da steht die 2. Internationale natürlich auf seiten der „Europäer".

Die revolutionäre Arbeiterschaft hat dagegen die Pflicht, ihre aktive Solidarität mit dem bedrohten ägyptischen Volke, mit diesem Todfeinde des englischen Imperialismus zu bekunden.

Hände weg von Aegypten! muß die Losung der Arbeiter aller Länder sein!

Verhinderung der englischen Munitions- und Truppentransporte nach Aegypten!

Selbstbestimmungsrecht für das ägyptische Arbeiter- und Bauernvolk! Unterstützung aller „asiatischen" und „afrikanischen" Völker in ihrem Kampfe um ihre Freiheit!

„Hände weg von China"

Aufruf des IPK. der Transportarbeiter

Das IPK. der Transportarbeiter wendet sich in einem Aufruf an die Transportarbeiter aller Länder zwecks tätiger Mithilfe zur Verhinderung eines neuen Weltkrieges, der der Rivalität der japanischen, amerikanischen und europäischen Imperialisten und ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas entspringt.

Der Aufruf schließt mit der Aufforderung:

Deckt die geheimen Waffensendungen auf, die für China bestimmt sind, weigert Euch, sie auf Schiffe zu verladen und zu transportieren, ruft Protestversammlungen gegen diese Machinationen ein, boykottiert die Schiffe und arbeitet nicht auf jenen Schiffen, die Waffen und Munition nach China transportieren.

Bildet unverzüglich eine Gruppe „Hände weg von China" und kämpft unter dieser Losung gegen die Waffensendungen nach dem Fernen Osten. Möge der gierige Appetit der großen und kleinen zivilisierten Menschenfresser, die durch ihre Waffenlieferungen das Blut der chinesischen Arbeiter und Bauern in Gold verwandeln, Eurem entschiedenen Protest begegnen.

Nieder mit den Waffenlieferungen nach China.

Nieder mit den Ränken der Imperialisten!

Hände weg von China!

Es lebe die Befreiung der Völker des Ostens aus den Banden der ausländischen Räuber!

Internationales Propagandakomitee der Transportarbeiter.

In der Slowakei wurden neue Massenverhaftungen von Kommunisten vorgenommen. Als Begründung wird die antimilitaristische Propaganda der Partei angegeben.

Im litauisch-polnischen Konflikt um das Memelgebiet, das auf Englands Betreiben Litauen zugesprochen wurde, will Frankreich zugunsten Polens aktiv eingreifen.

„Held's Weltruf"
Margarine wie
gute Butter!
Trustfrei!
Generalvertreter: R. Otto Barthel, Halle a. d. S., Niemeyerstraße 9. Fernsprecher 1315
Lager und Bureau: Delitzscher Straße 90
*355

Wiederverkäufer!
Baumbehang aller Art
wie: 354
Fondantringe bunt, desgleichen halb mit Schokolade, Cremeringe, Schokoladenlikörbrezeln, Keksbehang, Likörbehang schlicht, Lebkuchen, Honigkuchen in versch. Größen, echte Thorner Schokoladenherzen, Spitzkugeln usw.
sowie
Schokoladen, Bonbons, Keks, Kakao
kaufen Sie bestimmt am billigsten in
354 der bekannten
Schokoladen-Spezial-Großhandlung
Willy Voigt
Markt 6 Ecke Schülershof
Generalvertrieb der Balda-Schokolade

Mode-Neuheiten
für den Winter sind in den allerneuesten Großstadt-Mustern und in riesiger Auswahl eingetroffen, stelle selbige zu den erdenklich niedrigsten Preisen zum Verkauf
Durch peinlichste Kalkulation unübertroffen an Billigkeit

Herren-Anzüge 25,50
schöne Farben, modernste Fass., gute, tragbare Stoffe 38,50 32,50

Manschester-Anzüge 13,50
nur gute, strapazierfäh. Qual., in hochgeschlossen und Sportformen, mit Breeches und langer Hose, in allen Größen und Farben 32,50 16,50

Herr.-Stoffhosen 4,75
in Bukskin u. prima Kammgarn, gestreifte Muster, elegante Paßform 7,25 5,25

Männ.-Arb.-Hos. 4,90
Neuleder, Manschester, Struck usw., nur waschechte Qualität 10,50 7,25 5,75

Herren-Ulster 27,50
schwere tragbare Stoffe, reizende Muster in den neuesten Modell., Schwedenform usw., riesige Auswahl . . . 52,50 43,50 34,50

Knaben-Anzüge 12,50
von 10–14 Jahren, Sport- u. Jackett-Form, neueste Muster, in reichhaltiger Auswahl 54,50 16,50

Kinder-Anzüge 6,75
von 3-9 Jahren in Schulfasson u. Kiel. Matrosenform m. Ueberkragen, reiz. Neuheiten, haltbare Stoffe . . 12,50 10,50 8,50

Leibchen-Hosen 1,80
Manchester, Neuleder, Stoff usw. aus Restern gearbeitet, daher so billig . . . 5,40 3,75 2,50

Berufskleidungen aller Art fachmännische Ausführung, billigste Preise
572
Ernst Renner Marktplatz 14
Spezial-Geschäftshaus eleganter Herren- und Knaben-Garderoben
Der langjährige, weitverbreitete Ruf meiner Firma bürgt für Reellität

Felle, Häute, Wolle, kauft 1360
A. Weise,
Rannische Straße 1
Telephon 1657
1120 Morgen.
Donnerstag:
Frische Wurst
Adolf Schumann, Zeitz, Kramerstraße 12.

Druck
sachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter

Kauft Qualitätswaren und diese preiswert
Metallbettstellen mit Patentmatratzen 22,— 24,— 27,— 29,— 30,— 33,—
Holzbettstellen, mit Patentmatratzen 40,— 45,— 46,— 48,—
Auflegematratzen, dreiteilig mit Keil 14,— 17,— 19,— 22,— 24,— 27,— 30,—
Patentmatratzen 15,— 17,— 20,— 24,—
Kinderbettstellen 20,— 25,— 24,— 25,— 26,— 28,— 35,— 40,— 43,— 50,— bis 100,—
Auflegematratzen dazu 6,— 7,— 8,— 12,— 15,—
Bettfedern 1,40 2,10 3,25 4,25 usw.
Halbdaunen 4,50— 6,— 8,— 9,—
Inletts, prima federdicht, rot-rot, rosa, farbig 80 cm 2,25 2,50 2,75 3,— 130 cm 3,25 3,75 4,10 4,75
Steppdecken 16,— 18,— 22,— 28,— usw.
Reform-Unterbetten 9,— 14,— 17,— 21,—
Bettenhaus Bruno Paris
jetzt Brüderstr. 3, 1 Minute vom Markt
Zahlungserleichterungen 3575

*862
Echt Skunks . 98,—
Zobelfuchs . . 62,—
Biberette . . . . 31,—
Schakal . . . . 28,—
Silberwallaby . . . . . 43,—
Griesfuchs . . . . 31,—
Fellvorlagen 6,50
Beachten Sie unsere Fenster!
Magazin zum Pfau Kleinschmieden 6. Ecke Gr. Steinstr.

Pianos Harmoniums Sprechapparate
Lüders, Mittelstr. 9/10.
Aelteste Handlung am Platze 338

Ansichtspostkarten empfiehlt Volksbuchhandlung

Hasen- Kanin- Ziegen- Schaffelle 1121
kauft zu höchsten Preisen am Platze
Albert Lötsch
Fellgroßhandlung
Weißenfels
Nur Jüdenstr. 8
Telephon 442

Lichtspiele Piesteritz
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag:
Der große Lubitsch-Film
mit Pola Negri
und der erstklassigen Besetzung:
Hilda Werner. Frieda Richardt
Hermann Thiemig. Alfred Abel
U. F. M. und viele mehr.
Außerdem: Onkel Doktor Lustspiel in einem Akt
Jugendliche haben keinen Zutritt
Anfang 8 Uhr 346

50% erhöhen Sie Ihre Leistungsfähigkeit durch
ZEISS Punktalgläser
Dieselben geben den Augen die volle Bewegungsfreiheit u. großes Gesichtsfeld des Normalsichtigen wieder. Alle Nummern vorrätig beim Optiker
Carl Schaefer Große Steinstraße 29 a
Alle Reparaturen sofort

Kleine Anzeigen haben im „Klassenkampf" den besten Erfolg.

Kragen-Einlagen
Kl. Berlin 2
Stück 10 u. 20 ₰
3695

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlungen

Sprechapparate Schallplatten
stets die neuesten Aufnahmen
im 1122
Musikhaus Niehle
Weißenfels, Jüdenstr. 3

Bekanntmachungen

Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Eisleben hat für den Stadtkreis Eisleben und den Mansfelder Seekreis mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. an 2 Prozent des Grundlohnes als Erwerbslosen-Fürsorgebeitrag festgesetzt.

Eisleben, den 24. November 1924

Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses

81

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Freitag, dem 28. November 1924, nachmittags 6 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaal

Geschlossene Sitzung

Beschlußfassung über Versetzung von 2 Magistratsmitgliedern in den einstweiligen Ruhestand 282

Eisleben, den 25. Nov. 1924

Der Stadtverordnetenvorsteher
Mehlitz

Unsere Leser berücksichtigen bei ihren Einkäufen in erster Linie die Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241126-15/fragment/page=0012